

Ersteinst täglich außer Montags. Abonnement: Preis für Berlin: Vierteljährlich 3, 30 Mark, monatlich 1, 16 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2, 30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Aufsicht: Amt VI. Nr. 4196.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 2. Oktober 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Aus England.

London, den 28. September 1891.

Dem allgemeinen Gewerkschaftskongress zu Liverpool sind eine Anzahl von Kongressen und Konferenzen der organisierten Arbeiter bestimmter Industrien gefolgt. So tagte in der abgelaufenen Woche in Manchester ein Kongress der „Typographen-Assoziation“ und in Hull der zweite Jahreskongress der Doker-Union. Von der „Typographen-Assoziation“ ist nicht allzuviel zu sagen. Sie gehört noch zur „alten Garde“ und ihre Beschlüsse bewegten sich fast durchgängig im ausgefahrenen Geleise der alten Gewerkschafts-Prinzipien. Man sprach sich für eine Föderation der verschiedenen Organisationen der Typographen-Branchen aus, lehnte aber verschiedene auf eine demokratischere Verfassung der Assoziation abzielende Anträge ab. Eine Konzeption an den Geist der Zeit war die Herabsetzung der Wartezeit für Lehrlinge, die der Assoziation beitreten wollen, von zwei Jahre auf zwölf Monate. Die Gehälter der Beamten der Assoziation wurden erhöht und in Bezug auf die Bedingungen für Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit und Invalidität einige Erleichterungen beschlossen. Ferner wurde ein Organisator ernannt, der zur Agitation ausgeschied werden soll, und endlich beschlossen, daß in Zukunft mindestens alle fünf Jahre ein Kongress der Assoziation stattfinden soll. Der gegenwärtige Kongress war nämlich der erste seit — sage und schreibe — 1872 zu 23 Jahren. Ein bezeichnendes Faktum für die bisher obwaltende geistige Stagnation in den Reihen der gewerkschaftlichen Orthodorie läßt sich kaum ausdenken. Nebrigens hat die Assoziation, obwohl sie sich rühmt, in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht zu haben, alles in allem nur wenig mehr Mitglieder als der Londoner Schriftsetzer-Verein allein zählt. Der Vorsitzende des Kongresses gab die augenblickliche Mitgliederzahl auf 9462 an, während der Londoner Schriftsetzer-Verein vor einem Jahre — neuere Zahlen sind mir noch nicht bekannt — 8550 Mitglieder stark war.

Wie stark die Doker-Union ist, auf deren Kongress natürlich ein ganz anderer Geist wehte, als auf dem ihrer aristokratischen Kollegen, geht aus den Zeitungsberichten über denselben nicht hervor; die Blätter beschränken sich darauf, die Mittheilung Ben Tillet's, des Generalsekretärs der Union, wiederzugeben, daß die Organisation binnen Kurzem über 120 000 Mitglieder zählen werde. In dieser Zahl ist jedoch die geplante Verschmelzung mit der „Nationalen Arbeiterunion“ — einer in Nordengland bestehenden Arbeiterverbindung, die über 60 000 Mitglieder zählen soll — und den Organisationen der Schiffbauarbeiter von Middlesborough und der Arbeiter in den chemischen Werken von St. Helens (Lancashire) bereits vorweg genommen, so daß die gegenwärtige Stärke der Union eher unter als über 50 000 zu sein scheint.

Der Kongress beschloß die Herabsetzung der Einschreibgebühren und die Einführung eines Steuerbegrabs von 4 Pf. Sterl. (80 M.) an die Witwe jedes Mitglieds, das

der Union mehr als sechs Monate angehört. Außerdem faßte er Resolutionen gegen die Unterbindung von Arbeiten im Rhedereigewerbe und für periodische amtliche Untersuchung der Verladungs-Apparate auf den Docks und Werften, und empfahl die Aufstellung von Arbeiterkandidaten zu allen Vertretungskörpern. In der Achtstundens-Frage erklärte sich der Kongress mit 16 Stimmen gegen 6 für ein Achtstunden-Gesetz auf der Grundlage des Optionalprinzips (d. h. für alle Gewerbe, in denen die Mehrheit der Angehörigen seine Anwendung verlangt). Sowohl der Präsident, Tom Mann, wie der Sekretär der Union, Ben Tillet, wurden einstimmig wiedergewählt. Der Erstere, trotzdem er mitgetheilt hatte, daß er die Kandidatur für die Stelle des Generalsekretärs der Vereinigten Maschinenbauer-Union angenommen habe.

Robert Austin, der bisherige Sekretär der genannten Union, ist nämlich Sonnabend vor acht Tagen gestorben, und damit eine der einflussreichsten und bestbezahlten Stellen, über welche die englische Arbeiterbewegung verfügt, vakant geworden. Die wohlhabende Gewerkschaft der Vereinigten Maschinenbauer zahlt ihrem Generalsekretär, neben den Ausgaben für Haus, Gas, Kohlen und Steuern 200 Pfd. (4000 Mark) jährlich, und obwohl nominell alle Jahre von Neuem über den Sekretär abgestimmt wird, gilt der Posten doch für eine Anstellung auf Lebenszeit. Da nun nicht weniger als 30 Sektionen bereits sich für Tom Mann ausgesprochen haben, so ist es nicht gerade verwunderlich, daß derselbe das, im Ganzen nicht sehr aufregende Amt des Sekretärs der berühmtesten der alten Unionen, dem sehr präkären und mit ewigen Sorgen verbundenen Amt des Präsidenten der berühmtesten der neuen Unionen vorzieht.

Gerade jetzt haben die Doker wieder einen Streik durchzuführen, bei dem die Arbeiter durchaus in der Defensive sind und doch die größten Anstrengungen werden machen und die größten Opfer werden bringen müssen, um es auch nur zu einem leidlichen Kompromiß zu bringen. Die Presse hat über den Streik auf den Garon und Permittage Werften bereits so ausführliche Telegramme gebracht, daß ich auf Einzelheiten hier nicht zurückzukommen brauche. Ein Meeting der streikenden Arbeiter und ihrer Freunde, das gestern (Sonntag) im Victoria-Park stattfand und sehr gut besucht war, erklärte es für notwendig, den Streik mit der äußersten Energie und allen den Arbeitern zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen.

Das Meeting des Tages war übrigens gestern nicht das der Doker, sondern das der streikenden Zimmerleute und Bauarbeiter. Dasselbe fand im Hyde-Park statt und zählte gegen 20 000 Theilnehmer. Seit nicht weniger als 22 Wochen sind die Londoner Zimmerleute und Bauarbeiter im Ausstand der zugleich Streik von Seiten der Arbeiter und Ausschluß von Seiten der organisierten Bauherren ist. Die ursprüngliche Forderung der Arbeiter ist: achtstündige Arbeitszeit und 10 Pence (83/3 Pf.) Lohn pro Stunde. Da die Arbeiter gut organisiert sind und die Beiträge ziemlich reichlich

fließen, so hat ein Theil der Meister — gegen fünfzig — bereits nachgeben müssen, das Gros derselben hält aber noch am Ausschluß fest und droht jetzt, Arbeiter und sonstiges Material vom Ausland zu importieren. Inwiefern die organisierten Zimmerer nicht so leicht einzuschüchtern. Mit dem von auswärtig eingeführten Material, erklären sie, habe es keine guten Wege, dasselbe sei nur für die Spekulationsbauten zu gebrauchen, auf die sie gern verzichten, und ein großer Theil der Arbeit könne überhaupt nur an Ort und Stelle besorgt werden. Was aber die ansässigen Arbeiter anbetrifft, so stünden sie mit den Organisationen dieser in direkter Verbindung und würden sich des Zuzuges daher schon zu verwehren wissen. Hoffen wir, daß sie Recht behalten.

Neben einer Resolution zu Gunsten der Streikenden wurde noch eine zweite von den Versammelten — meist Angehörige der verschiedenen Zweige des Baugewerbes — beschlossen, welche die Entrüstung derselben über die „ungerechten Beurtheilungen“ ausdrückt, die ihre Kameraden für die Ausübung des ihnen gesetzlich zustehenden Rechtes des Wachtposten-Stehens erlitten, und in der der Londoner Grafschaftsrath aufgefordert wird, seinen Einfluß zu Gunsten der Entlassung des Richters Sir Peter Edlin geltend zu machen. „Abdruck dieser Resolution“, heißt es schließlich, „soll dem Sekretär des Inneren und dem Londoner Grafschaftsrath zugesandt werden“.

Sir Peter Edlin, der wiederholt beim Londoner Grafschaftsrath um Gehalts-erhöhung eingekommen ist, weil er mit lumpigen 1500 Pfund Sterling = 30 000 M. jährlich nicht auskomme, ist einer der verbissensten Vertreter des bürgerlichen Klassengeistes unter den englischen Richtern. Er ist wegen der schweren Strafen, die er über kleine Eigentumsverbrecher (Taschendiebe etc.) verhängt, schon lange berüchtigt, und so ist es natürlich auch kein Wunder, daß er gegen streikende Arbeiter, die arbeitende Kollegen eingeschüchtern haben sollen, verurtheilende Erkenntnisse fällt, wo es nur irgend möglich ist, und die Strafen so hoch ansetzt, wie kein anderer seiner Kollegen. Die englischen Arbeiter sind aber heut zu Tage nicht gewillt, Klassenjustiz stillschweigend über sich ergehen zu lassen und daher die obige Resolution, die einen unmittelbaren Erfolg natürlich nicht haben wird, indirekt aber Herrn Peter Edlin doch sehr unangenehm werden kann. Die Erneuerungswahlen zum Grafschaftsrath stehen vor der Thür, und wenn es bei denselben die Arbeiter an der nötigen Energie nicht fehlen lassen, könnte es leicht kommen, daß der nächste Grafschaftsrath die Meinung ausdrückt, das Gehalt Sir Peter Edlin's sei nicht zu niedrig, sondern um ein ganz Erhebliches zu hoch.

Der englische Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Sir James Fergusson, ist zum General-Postmeister ernannt worden und muß sich infolge dessen für seinen Sitz im Parlament einer Neuwahl unterziehen. Der Wahlkreis, den er vertrat — Nordost-Manchester — hatte ihn 1886 zum zweiten Mal gewählt, trotzdem werden die Liberalen ein

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

(31)

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Merz.

Mit leiser Stimme flüsterte sie, Thiers' ansiehend, der Herzogin von Orleans zu:

— Geben Sie Obacht, wir haben Verräther unter uns. Aber eben hatte eine heftige Salve geknallt.

Das Gesecht kam augenscheinlich näher, und die Unruhe eines jeden vergrößerte sich.

Man mußte rasch eine durchgreifende Anordnung treffen, aber keiner hatte den Muth dazu.

In Furcht gerathen, brühte der Herzog von Montpensier den Arm des Königs und rief: „Schnell, schnell.“

Ein betäubendes Geräusch erhob sich und dringende einander widersprechende Rathschläge wurden laut.

Unterdessen schrieb Louis Philipp seine Abdankung. Er war vollkommen ruhig, achtete gar nicht auf seine Umgebung und verhielt sich gegen alle Vorgänge um ihn theilnahmlos.

Die Abdankung lautete folgendermaßen: „Ich steige von dem Throne, zu dem mich die Stimme des Volkes gerufen hat, zu Gunsten meines Enkels des Grafen von Paris. Möge er Glück haben in dem großen Werke, das ihm heute zufällt!“

Paris, den 24. Februar 1848.

Gez. Louis Philipp.“

Während dieses Auftritts, der, so sehr auch die Ränke und Rücksichtigkeiten emantelt werden, den Sturz eines

Thrones und das Entstehen einer neuen Regierung herbeiführte, dauerte der Kampf in Paris mit außerordentlicher Hitze fort. Das Volk wollte endgiltig Herr werden, und es ahnte nicht, daß es nach dem Siege wie früher der Sklave sein sollte. Es vergoß heldenhafte sein Blut, selbstlos, ohne an etwas anderes zu denken, als an den Kampf für die Sache der Republik.

Wie wir schon erwähnt haben, waren die Linientruppen und Municipalgarden vor den Barrikaden zurückgewichen, die überall sich erhoben und sie mit einem Feuergürtel umgaben.

Um sechs Uhr Morgens hatten die Verteidiger, als sie ihre Sache schon beinahe verloren gaben, ihre letzte Defensivstellung auf dem Plage des Palais Royal, da, wo sich das Thor des Chateau d'Eau befand, eingenommen.

Zwei Kompagnien des 14. Linienregimentes hatten die Municipalgarden ersetzt.

Das Chateau d'Eau war schon seit langer Zeit mit großer Sorgfalt besetzt worden; es beherrschte alle Straßen, welche auf das Karoussel mündeten, und war in der That eine strategisch wichtige Position.

Das Schloß war geradezu eine Festung, der man nur mit Kanonen beikommen konnte.

Es war den Insurgenten unmöglich diese Stellung, welche im Rücken durch einen Häuserkomplex gedeckt war, von hinten zu erobern. Seine Front ist zwei Stockwerk hoch, der Balkon und jedes Fenster war verkrämelt und mit Schießscharten versehen, so daß die Verteidiger aus geschützter Stellung die Angreifer mit Kugeln überschütten konnten.

Der Aufstand, der sonst in ganz Paris siegreich war,

fand sich an dieser Stelle gehemmt, und die Erbitterung der Kämpfer auf beiden Seiten stieg um so höher, als sie fühlten, daß es hier zu einem fürchterlich blutigen Gesechte kommen werde.

Einstigt waren in den Straßen, welche zum Chateau d'Eau führten, hohe Barrikaden gebaut worden, und dieses war jetzt thatsächlich von allen Seiten einem Steinhagel und Kugeltregen ausgesetzt.

Man hatte versucht zu unterhandeln und die Truppen zur Aufgabe des Widerstandes zu bewegen, aber Bitten und Drohungen hatten nicht versangen. Der falsche Ehrbegriff und der militärische Hochmuth, welchen man Soldaten und Offizieren eintrichtert, war und ist es noch immer, der sie dazu bringt, ihre Mitbürger und Brüder wie einen auswärtigen Feind zu hassen.

In diesem unseligen Standesdünkel, welcher zum gehässigen Brudermorde führt, weigerte sich der die Truppe vor dem Chateau d'Eau befehligende Offizier den Posten zu überliefern.

Dieser Starrsinn, der die Monarchie doch nicht retten konnte, gab Anlaß zu einem gränlichen Gemetzel.

Zwei oder drei Schüsse hatten in ziemlich großer Entfernung geknallt. Zwei dumme Kerle unter den Soldaten glaubten, daß man auf sie gezielt habe, legten an und feuerten. Ein heftiges Gewehrfeuer knatterte. Die Soldaten haben sich in das Chateau d'Eau zurückgezogen.

Während Etienne Arago und Charles Lagrange Reden hielten und das Pariser Volk in seinem Willen, die Republik auszurufen, bestärkten, drängte sich auf dem Plage vor den Barrikaden eine zahlreiche und lärmende Menge.

Bestürzt sieht sie vor dem Kugeltregen, und einen Augen-

drittes Mal gegen die Konserwativen ihr Glück versuchen. Ihr Kandidat ist Herr C. P. Scott, Redakteur und Mitbesitzer des „Manchester Guardian“. Wie diese Zeitung selbst, nimmt auch Herr Scott in der Arbeiterfrage einen ziemlich vorgeschrittenen Standpunkt ein, und hat sich unter Anderem für den gesetzlichen Achtstundentag für Vergarbeiter und ähnliche Gewerbe ausgesprochen. Da in dem Wahlkreis das Arbeitervotum den Ausschlag giebt, so geben sich die Gladstonianer bereits ziemlich hegesgewiss.

So sehr es auch zu wünschen ist, daß der „Manchester-Kandidat“ — heute sind die Tories, mit vereinzelten Ausnahmen, die eigentliche Manchesterpartei — geschlagen werde, so wäre es doch viel wirksamer, ein Arbeiterkandidat oder besser ein Sozialist besornte das Geschäft, statt daß das Feld den Liberalen überlassen bleibt. Inbezug die großen Wahlkosten machen es unmöglich, in so kurzer Zeit, wie hier bei Nachwahlen gelassen ist, eine Kandidatur zu betreiben. Die Vorbereitungen müssen von langer Hand getroffen werden. Und so ist es immerhin erfreulich, daß wenigstens für die kommenden allgemeinen Wahlen schon jetzt an immer mehr Orten Arbeiterkandidaturen proklamirt und die nötigen Maßregeln für ihren Erfolg mit Eifer ergriffen werden.

Die Municipalvertretung von Liverpool ist dem Beispiel verschiedener anderer Municipalvertretungen gefolgt und hat mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt:

„Daß in Zukunft jeder Kontrahent (Uebernehmer städtischer Arbeiten) sich schriftlich zu verpflichten hat, diejenige Lohnrate zu zahlen und diejenigen Arbeitsstunden innezuhalten, welche zwischen den Trades-Unions und den Prinzipalen des Ortes, wo die Arbeit zu geschehen hat, vereinbart worden sind oder anerkannt werden.“

Es ist zwar nicht viel, aber es ist doch ein erster Schritt. In Schilde freilich würde man schon diesen Beschluß für den wahren, echten und lebhaften Kommunismus erklären. Aber Schilde liegt ja wohl auf dem Monde?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Oktober.

Ueber die Wirkungen der Aufhebung des Sozialistengesetzes schreibt in einem Rückblick auf das seit dem 1. Oktober 1890 verlossene Jahr die „Vossische Zeitung“:

„Die Erfahrungen, welche man in diesem Jahre gemacht hatte, bestätigen die Anschauungen, welche die liberale Presse von jeher bekannt hatte, daß nämlich das Ausnahmegesetz die Basis der Sozialdemokratie veritärte, das Werk der Versöhnung erschwere, die Wirkung aller sozialpolitischen Maßnahmen schwächere, und daß der Druck allein die Einigkeit der Sozialdemokratie bewirke und den Beginn ihrer Selbstzersehung hemme. Alle Gefahren, welche von den Anhängern des Fürsten Bismarck vorausgesagt wurden, sind ausgeblieben. In der Sozialdemokratie zeigen sich stärkere Fortschritte als seit langer Zeit, und die „Jungen“ ermangeln nicht, der Parteileitung den Vorwurf zu machen, die sozialistischen Ideale preisgegeben und eine Absehwendung in das Lager der bürgerlichen Demokratie begonnen zu haben. Es ist erntlich, daß ein großer Theil der Partei den Gedanken an eine gewaltsame Revolution von sich weist und sich auf den Boden der Reform stellt, welche in der heutigen Gesellschaftsordnung und im Rahmen des gegenwärtigen Staates zu erlangen ist. Manche Grundlehren der Sozialdemokratie, welche ihr früher als unantastbar galten, sind neuerdings als Irrthümer anerkannt und aufgegeben worden. Die angesehensten Führer der Partei bemühen sich sorgfältig, die Leidenschaft zu zügeln und Ausschreitungen vorzubeugen. Man kann daher mit dem Ergebnisse des ersten Jahres ohne Sozialistengesetz um so mehr zufrieden sein, als einige Erfahrungen, welche seither zu vollziehen waren, den Beweis für den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen gezeigt haben. Die Erfahrung hat einen neuen Beweis für das Wort erbracht, daß die Gewalt der Geister wächst, wenn sie verfolgt werden.“

Die Fortschrittsweisheit wird durch die vorstehende Betrachtung ebenso klassisch illustriert wie die Fortschritts-wahrhaftigkeit.

Daß Verfolgungen eine Partei nicht zerstören und sie

blick senkt sich ein tiefes Stillschweigen nieder, als unheilvoller Vorbote des Sturmes, der losbrechen sollte.

Einige Minuten hält der panische Schrecken an. Unter dessen werden die Flinten über der Brustwehr der Barrikade gerichtet und eine Anzahl Kugeln hinüber geschickt. Dausen muthiger Männer sammeln sich ohne Schutz an den Straßenecken. Sie treten zu Jüngen zusammen und unternehmen, fast ohne einen Schutz zu thun, den Sturm auf das Chateau d'Orléans.

Vergebens sucht der General Lamoricière seine Popularität zu benutzen, um das Volk zur Niederlegung der Waffen zu bestimmen. Er verkündet die Thronensagung des Königs und die Regenschaft der Herzogin von Orléans; aber seine Bemühungen sind vergebens.

Eine Kugel trifft sein Pferd und wirft es nieder, er selbst empfängt einen Bajonettschlag in den Arm, und nur schwer gelingt es einigen Männern ihn aufzuheben und zu einem Weinändler zu schaffen, wo man seine Wunde verbindet. Dann bringt man ihn durch entlegene Straßen in seine Wohnung. Marshall Gerard geht es nicht besser.

Wenige Minuten, nachdem das Feuer Opfer zu fordern angefangen hatte, kam Mijoulet mit seinem Trupp an und nahm ohne weiteres hinter der Barrikade, welche sich an der Ecke der Rue St. Honoré erhob, Stellung.

Er brachte eine bedeutende Verstärkung, und so wurden seine dreihundert Mann mit brausenden Hochrufen empfangen.

Mijoulet, der immer an der Spitze war, hatte die Fahne einem Insurgenten anvertraut, welcher unmittelbar hinter ihm marschirte.

Dieser Pariser Bürsche hatte, so lange er noch nicht in der Lehre war, oft den Soldaten bei Uebungen und Paraden zugehört. Er hatte es sich gemerkt, wie die Offiziere mit dem Regen grüßen, und machte es ihnen jetzt, als Antwort auf die bewillkommenden Klufe, sehr gut nach. Er zeigte eine Würde, welche selbst am abfack von seiner lächerlichen Erscheinung, seinem noch schwachen Körper und seiner Figur, die den Jägern von Orléans (Regiment Jäger zu Fuß) kaum bis zur Hüfte ging.

Sein Grupp wurde mit hallem Gelächter aufgenommen,

umgekehrt nur stärken können, ist unzweifelhaft richtig und gehört zu jenen Sagen und Gemeinplätzen, die im Laufe der Jahrtausende viele Tausendmale ausgesprochen und längst dem politischen Wortschatz einverleibt sind, — allerdings noch nicht der für die sogenannten Herren Macht-haber und Staatsmänner bestimmten Ausgabe. Der Satz ist übrigens auch nicht buchstäblich zu nehmen, und er bedarf, um völlig zutreffend zu sein, einer kleinen Ergänzung — nämlich der Voraussetzung, daß die Anhänger der verfolgten Partei auch an die von derselben verfolgten Sache glauben. Auf diesen Glauben kommt es an. Die Sozialdemokraten haben ihn. Von der Parteigenossen der „Vossischen Zeitung“ hat aber der Abgeordnete Bamberger — gewiß ein klassischer Zeuge — das Bekenntniß abgelegt, daß ihnen der Glaube fehle. Wir haben hierbei die oherwähnte Zwischenbemerkung Bambergers im Auge, die oft erwähnte Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten seinen Parteigenossen feuszend zurief: „Die haben noch Glauben!“ — was den unausgesprochenen Gedanken enthielt: „Und wir nicht!“

Ob die Fortschrittspartei eine Aera der Verfolgungen ausgehalten hätte, das ist eine Frage, deren Beantwortung wir dem Scharfsinn der „Vossischen Zeitung“ überlassen wollen. Nicht aller „Geister Gewalt“ wächst, wenn sie verfolgt werden.“

Die „Revolutionäre im Schlafrock und Pantoffeln“ haben sich weiland sehr schlecht in die Märtyrerrolle gefügt, und sie sehr schlecht gespielt.

Was die „Vossische Zeitung“ über die „Zwistigkeiten“ u. s. w. sagt, das wollen wir ihr gern schenken — nur den „Rückgang“ können wir nicht so ohne Weiteres hingehen lassen. An unserer Statt möge die „National-liberale Korrespondenz“ reden, die sich über das gleiche Thema wie folgt äußert:

„Die sozialdemokratische Bewegung hat sich seitdem (seit dem 1. Oktober 1890) erheblich lebhafter betätigt; in Versammlungen und in der Presse herrscht eine weit größere Regsamkeit; bei den vorigen Reichstags-Wahlen, die schon unter dem Eindruck der bevorstehenden Aufhebung des Ausnahmegesetzes standen, haben die Sozialdemokraten die absolut stärkste Stimmzahl und eine bis dahin längst nicht erreichte Zahl von Mandaten errungen; wenn jetzt Reichstagswahl stattfände, so würden sie wahrscheinlich noch mehr Erfolge haben. Soeben sehen wir sie in die badische Kammer einziehen, wo sie bisher nie vertreten waren. Außerlich hat die Bewegung seit Jahresfrist unzweifelhaft zugenommen, was allerdings nicht ausschließlich auf das Erlöschen des Sozialistengesetzes, sondern auch auf manche andere Umstände zurückzuführen ist.“

Wer hat nun Recht: Die „Vossische Zeitung“ oder die „Nationalliberale Korrespondenz“? Jedenfalls ist das Urtheil der einen so viel werth wie das der anderen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ giebt sich übrigens — das sei der Vollständigkeit halber noch erwähnt — der christlichen Hoffnung hin, die sozialdemokratische Bewegung werde doch noch „zu Aufrühr und Umsturz fortschreiten“ und — ein neues Ausnahmegesetz sich nothwendig machen. —

Nichtswürdig. In der ultramontanen „Kölnischen Volkszeitung“ lesen wir:

„Buer, 29. September. Die sozialdemokratische „Gefen-treuer Arbeiterzeitung“ bemüht sich, zu beweisen, die bekannten Wörder seien nicht Sozialdemokraten. Der Vergemann Ric hat im Jahre 1889 noch zu den Gründern des Christlich-patriotischen Verbandes gehört und „nur deshalb dem alten Verbande den Rücken gekehrt, weil dieser Verband angeblich sozialistische Zwecke verfolgte“. Dazu bemerkt die hiesige „Volkszeitung“, daß es allerdings wahr ist, daß Ric dem sogen. alten Verbande auf kurze Zeit den Rücken gekehrt hat. Aber schon bald war Ric wieder der eifrigste Beförderer des alten Verbandes und der schärfste Gegner des neuen Verbandes; dessen erste Versammlung hat gerade er mit seinen rothen Genossen gespongt. In einer Versammlung katholischer Vergleute in diesem Frühjahr erklärte Ric: „Wir Vergleute haben nichts zu erwarten, weder vom Staate noch von der Kirche; wir selber müssen uns helfen. Vorwärts! ist unsere Losung.“ Wir fragen nunmehr die „Gefen-treuer Arbeiter-Zeitung“, ob Ric nicht die Lehre, die sie seit ihrem Bestehen in jeder Nummer gepredigt hat, recht gut verstanden hat. Ric ist ein förmlicher Sozialdemokrat, und zwar ein vorangeschrittener.“

Es ist allerdings eine charakteristische Auffassung, daß Ric, weil er noch in diesem Frühjahr in einer Ver-

was ihn nicht wenig ärgerte. Aber er ließ es sich nicht ansechten. Er war überzeugt, daß er seiner Zeit die Dächer schon auf seiner Seite haben würde.

Muth und Kühnheit besaß er soviel, daß er Anderen davon hätte abgeben können, und obendrein war er nicht auf den Kopf gefallen, was auch nicht zu verachten ist.

Er ließ seinen Trupp halten und erstieg die Barrikade, die von Gefessenen besetzt wurde. Bald wurde sein Gesicht oben kenntlich, wie ein kleiner, dunkler Fleck erschien es in dem weißlichen Pulverdampf, den ein leichter Wind theilte.

Unbeweglich stand er da, mit gekreuzten Armen, unter dem linken den Säbel haltend. Aufmerksam betrachtete er das Chateau d'Orléans, so ernst und nachdenklich wie ein General von einem Hügel aus in der Entfernung die Stellungen und Bewegungen einer feindlichen Armee befehtigt und verfolgt. Seine Kaltblütigkeit, seine unerschütterliche Ruhe inmitten der pfeifenden Kugeln, die vom Pflaster abprallten und mit dumpfem Tone das Rohr verließen, und unter den Schmerzensrufen, welche die tödlich Betroffenen ausstießen, machte einen tiefen Eindruck auf die Vertheidiger der Barrikade.

Das Lachen und Spotten war ihnen vergangen. Lange Zeit schon schlugen sie sich auf das Tapferste, aber der einfache Heldenmuth dieses Bürschen machte sie starr und stößte ihnen tiefe Bewunderung ein. Mehrere Male riefen sie ihm zu, herabzusteigen und sich hinter der Barrikade zu verdecken, da es keinen Sinn habe, sich nutzlos todtschießen zu lassen. Aber Mijoulet hörte nicht auf sie, er schien kein Wort zu verstehen und wich nicht.

Endlich wandte er sich und stieg, ohne seinen Schritt zu beschleunigen, langsam hinab, wie er die Treppe im ruhigsten Gange von der Welt hinabgestiegen wäre. Er trat wieder zu seinen Leuten, die sich ihm jetzt noch lieber unterordneten als früher. Der letzte Beweis seiner Kühnheit hatte die Insurgenten, welche sich auf Befehl des Marsch-Seul hinter den stillen Barrikaden des linken Ufers gesammelt hatten, geblendet. Jetzt hatte der Lehrling Männer hinter sich, die entschlossen waren, seiner Führung überallhin zu folgen. Das hatte er

Sammlung katholischer (?) Vergleute erklärt hat, die Vergleute mühten sich selber helfen. Vorwärts! sei ihre Losung, deshalb heute ein Sozialdemokrat sein muß. Dann mühten mit Ausnahme von ein paar Betrübendern heute sämtliche Vergleute Sozialdemokraten sein.

Doch das nur nebenbei! Nichtswürdig ist die Insinuation des Schlusssatzes, daß der Wörder Ric die sozialdemokratischen Lehren recht gut verstanden habe. Und doppelt nichtswürdig von einer Partei, die einen Kullmann an ihren Hochschöfen hängen hat. Wenn es je einen Menschen gegeben, dem politischer Fanatismus und religiöse Intoleranz die Waffe in die Hand gedrückt hat, so diesem durch die Schule der katholischen Gefellenvereine gegangenen ultramontanen bornirten Fanatiker. Wir brauchen wirklich in der Geschichte des Katholizismus, im Kapitel der Lehre vom Zweck, der das Mittel heiligt, nicht länger nachzublätern und können auf die Aufzählung analoger Fälle verzichten, der Hinweis auf Kullmann genügt vollständig, dieser Partei das Recht der Sittengerichter abzuspochen, auch wenn ihre Behauptungen nicht grundverleoren wären, wie sie es thatsächlich sind. Die Buerer Affäre hat mit unserer, hat mit irgend einer Partei nichts zu thun, aber Ric — gehört den Ultramontanen!

In begreifen ist diese feige, nichtswürdige Verbächtigung freilich! Die Ultramontanen wollen oben lieb Kind sein, sie wollen hoffähig werden! Man braucht bloß zu sehen, wie ihre Führer, diese rheinischen, schlesischen, polnischen und bairischen Magnaten, vor den Thronen hauchrenten und mit einem Servilismus vor der Person des Monarchen kriechen und allemunterhänigt — ersterben, daß das Speichelkecken der Nationalliberalen in den letzten 20 Jahren dagegen noch als Mannesmuth gelten kann. Mögen sie das thun, und je offenkundiger sie den Zug des Herzens offenbaren, um so rascher werden den in ihrem Heerbann marschirenden Arbeitern die Schuppen von den Augen fallen! Aber das Spiel werden wir der ultramontanen Presse verdecken, daß sie die Verzeihung für ihre „demokratischen Verirrungen“ der Kulturkampfszeit sich damit erbittet, daß sie, nach berühmten Mustern, ihre Gefellen an unsere Hochschöfe zu hängen und die Sozialdemokratie für Exzesse verantwortlich zu machen sucht, die, wie wir schon gestern ausführten, in letzter Linie auf ihr Erzählungsconto kommen. —

Wie man's macht. Sogar Drohbriese treten bei der Buerer Affäre in Funktion, wie immer, wenn man für eine saule Sache Stimmung machen will. Die heutige Abendausgabe der „National-Zeitung“ weiß aus Buer zu melden:

Verschiedene Einwohner von Buer erhielten anonyme Briefe, in denen gedroht wurde, man würde für die Liebe und Würde, mit denen die aufgeregte Menge neulich beim Transport die verhafteten Wörder verlor, bei günstiger Gelegenheit Wiedervergeltung üben. Den zwei neulich dem Stadtbath entnommenen Bürgern zeigte man, laut der „Trenonia“, an, es sei auf sie besonders abgesehen gewesen und sie würden demnächst an die Reihe kommen. Die Drohbriese sind der Polizei übergeben.

Wenn die Polizei im „Ordnungslager“ nach den Verfassern und Schreibern sucht, dürften ihre Nachforschungen nicht erfolglos sein. Wem nützt es? muß man hier fragen. —

Eine recht böshafte Bemerkung macht der bekannte Mitarbeiter der „Hamburger Nachrichten“ zu den überschwänglichen Lobesreden, mit welchen die Presse die Osnabrücker Rede des Reichskanzlers Caprivi als hohe Friedensbotschaft feierte. Unheimlich sind die Pfeile auf die Wiener Presse gerichtet, aber sie treffen ganz anderswo. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben nämlich:

„Die Wiener Pressstimmen besitzen insofern einen Stich ins Komische, als der Applaus ebenso groß gewesen wäre, wenn Caprivi die schärfste Tonart gegen Frankreich oder Rußland angewandt hätte. Decartige immerhin respektvolle Verwünschungen hätten schließlich nur die Bedeutung von Druckschwärze auf Papier, da sie keinerlei Garantien böten.“

Schreibetig und schmeichehaft klingen diese Bemerkungen allerdings nicht; nichtsdestoweniger sind sie wahr. Es ist nur nicht die volle Wahrheit; denn sie treffen nicht nur auf die Reden des Kanzlers zu, und nicht bloß auf die des gegenwärtigen. Aber die Beurtheilung dieses

erreichen wollen und seine Berechnung hatte ihn nicht betrogen.

Bei seiner Ankunft verstummte jede Unterhaltung und seine Gefährten bildeten einen Kreis um ihn. Mit seiner schwachen Stimme, die jetzt aber den Lärm der Schüsse überdünnte, sagte er zu ihnen: — Hier giebt es für uns nichts zu thun. Die Barrikade ist fest und wird gut vertheidigt. Dabei wies er mit der Hand auf die Besatzung, die mit dem größten Feuer kämpfte.

— Das kann noch lange so dauern, die Soldaten haben genug Munition und werden sich den ganzen Tag halten, wände Jemand ein.

— So giebt andere Arbeit, wollt Ihr mir folgen?

— Ja, ja, riefen Alle, — ja, wohin Du willst. Mijoulet wollte seine Autorität vollständig aufrecht erhalten und theilte ihnen daher seinen Plan nicht mit; da übrigens auch Niemand daran dachte, ihn danach zu fragen, so begnügte er sich mit dem Kommando: Vorwärts, mir nach!

Von Neuem erkletterte er die Barrikade. Die Aufständischen, deren Zahl noch gewachsen war, folgten ihm, und nachdem die Barrikade überstiegen war, wand sich der Zug bald wie eine Riesenschlange über den Platz, auf dem hier und da Todte, mit dem Gesicht auf der Erde, und Verwundete, welche um Hilfe riefen, lagen.

Schnell überschritten sie den Platz; zwei oder drei Menschen liegen sie todt oder verwundet auf dem Straßenpflaster zurück, aber Niemand hielt sich auf. Mijoulet hatte eingesehen, daß das Gewehrfeuer den Widerstand der Truppen nicht brechen würde. Man mußte zu außer-gewöhnlichen, vielleicht grausamen Mitteln greifen.

Der junge Lehrling war sausten Charakters, in gewöhnlichen Zeiten hätte er keinen Menschen, ja nicht einmal einem Thier ein Leid gethan. Aber er sagte sich ganz mit Recht, daß Mitleid und großmüthiges Handeln den Kampf nur verlängern und noch mehr Opfer fordern würde. Und dann hatte er, wie man eingesehen muß, auch, seitdem Larrette verwundet worden war, einen unverwundlichen Daß gegen die Armee.

(Fortsetzung folgt.)

gewerbsmäßigen, urtheilslosen „patriotischen Hurragekreis“ seitens des Mannes, der in dieser Frage zweifellos das kompetenteste Urtheil hat, ist schon um deswillen doppelt interessant, weil gerade er der Richter und Nährvater der heute von ihm so erbarmungslos gerichteten „Durrachlanaille“ ist. —

Auf Kosten der Arbeiter sichert sich das Westfälische Koals-Syndikat seine Monopolpreise. Um nämlich die Preise auf bisheriger Höhe zu halten und den dividendengierigen Aktionären den Profit in ungeschmälerter Weise zukommen lassen zu können, hat der Ausschuss des Westfälischen Koals-Syndikats in einer in den jüngsten Tagen stattgefundenen Sitzung beschossen, der nächsten Monatsversammlung für das vierte Quartal eine Produktions-Einschränkung von mindestens 10 pCt. vorzuschlagen. Ohne solche Produktions-Einschränkung läme zu viel Waare auf den Markt, was zu einem Sinken der Preise führte, das muß aber unter allen Umständen vermieden werden, und das einfachste Mittel dafür ist: Man wirft die Arbeiter auf die Straße oder setzt sie auf geschmälerter Rationen! Was aus den Arbeitern und ihren Familien wird, das kümmert die Unternehmer den Teufel, der Profit, der Profit ist gerettet!

Wie übrigens die Bismarck'sche Zollpolitik die vaterländische Arbeit zu schützen geeignet ist, zeigt ein Blick auf die Preise, welche dieses aus lauter patriotischen Größen zusammengesetzte Koals-Syndikat für das Ausland und für das Ausland ansetzt. Die Preise im dritten Quartal dieses Jahres standen wie folgt: Das Ausland: Luxemburg, Vohringen und Frankreich, zahlte für Hochöfen-Koals 11,50 M. die Tonne, Belgien 11 M.; das Inland: Nassau-Siegen, das Kohlenrevier und die übrigen deutschen Werke mußten 13 M. zahlen. Stahlwerke konnten ihren Bedarf zu 15 M. die Tonne decken, Gießereien, Metallhütten u. s. w. zu 16,50 M. und Eisenbahnen zu 18 M.

Daher auch der Jammer der Eisenindustriellen, die, wie wir ja schon zu wiederholten Malen konstatieren konnten, ihrerseits die ganz gleichen Praktiken pflegen, ebenfalls unter der Flagge des Schutzes der vaterländischen Industrie. —

Der arme Baare wird sich der Freude, seinen Ankügel-Fußangel in sog. Schuchhaft zu wissen, wahrscheinlich doch nicht hingeben können, wenn die „Volkzeitung“ recht berichtet ist. Das Essener Gericht soll nämlich beschloffen haben, Fußangel nach Abbüßung seiner Strafe gegen Kaution von 10 000 Mark auf freiem Fuß zu belassen, so daß er also vollauf Gelegenheit hat, die Beweise für seine schweren Anklagen gegen den würdigen Steuerfiskus zu sammeln, zu ergänzen und zusammenzufassen, was alles erschwert und zum Theil unmöglich gewesen wäre, wäre Fußangel im Gefängnis behalten worden. —

Ein „Edelster und Bestier der Nation“, ein Kreuzzeitungs-Mitter und Bendite der konservativen Partei, wurde letzter Tage in Duisburg wegen wissentlichen Meineides verhaftet und nach Essen transportirt: der Redakteur der Duisburger konservativen „Bürger-Zeitung“, Lieutenant a. D. A. Ohli, früher Redakteur der „Westfälischen Post“ in Hagen. Wir sind jetzt nur begierig zu erfahren, ob die „Kreuz-Zeitung“ anlässlich dieses Meineidesalles auch die politische Partei, zu welcher der Herr Lieutenant a. D. zählt, also die konservative, für den Meineid verantwortlich machen wird, wie das Organ der Schlangengift-Moral es so geflissentlich thut, wenn gegen einen willkürlichen oder angenommenen Parteigänger der Sozialdemokratie eine solche Anklage erhoben wird! —

Das Reichsgericht hat ein neues Vorbeurtheil in seinen Rudiments juristischer Definitionen gefügt, und zwar ist es diesmal der für uns Sozialdemokraten so gewichtige § 191 des Reichs-Strafgesetzbuches, der vom Reichsgericht eine Klarstellung erfahren hat, die einer unabschbaren Erweiterung gleichkommt. § 191 bedroht denjenigen mit Geldbuße bis zu 500 M. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren, welcher wissentlich erdichtete oder entstellte Thatsachen öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Wegen Uebertretung dieser Vorschrift war A. angeklagt, in der ersten Instanz aber freigesprochen worden, weil seinen Äußerungen nur der Gedanke einer geschwürigen Handhabung der Gesehe zu Grunde liege, weil jedoch zwar die Richter, nicht aber die Gesehe selbst angegriffen seien, hiernach aber keine „Staatseinrichtung“ den Gegenstand des Angriffs gebildet habe. Diese Entscheidung ist nunmehr nach einem in der „Juristischen Wochenschrift“ mitgetheilten Urtheile des Reichsgerichts unter folgender Motivirung aufgehoben worden:

Die „Staatseinrichtung“ bilde erst durch ihr Bestehen und ihre Verwirklichung einen konkreten Begriff. Denn erst dadurch, daß sie eingerichtet und in einen Organismus gebracht wurde, trete sie erkennbar im Staatsleben hervor. Zu dem Organismus der Staatseinrichtung der Justiz gehöre aber einerseits als der grundlegendste Faktor der Richterstand, und andererseits erwirke der Organismus erst durch die von ihm entwickelte Thätigkeit seine Lebenskraft. Die richterliche Thätigkeit als solche, das ist die Handhabung der Gesehe durch den Richter, werde daher in die Staatseinrichtung der Justiz mit eingeschlossen. Es sei sonach richterthümlich, wenn der Vorderrichter davon ausgehe, daß ein Angriff gegen die Handhabung der Gesehe einen solchen gegen die „Staatseinrichtung“ ausschliesse. Der § 191 sehe auch nicht als Angriffsobjekt bloß die „Gesehe“, sondern die „Staatseinrichtungen“ vor und bringe damit zum Ausdruck, daß nicht bloß das Gesehe, auf welchem die Staatseinrichtung beruht, sondern die Einrichtung selbst und damit das Vertrauen der Staatsangehörigen zu der Einrichtung geschützt werden solle.

Diese Definition eröffnet eine recht hübsche Perspektive. Jede Richterbeleidigung kann danach ohne große Schwierigkeit zugleich zu einem Vergehen gegen den § 191 gestempelt und mit etwas Genialität auch jede Urtheilskritik unter diese Definition gebracht werden. Die Erfahrung hat uns ja zur Genüge gezeigt, wie ganz anders der Richter das Wort „wissentlich“ auffaßt, als der Laie, und man braucht bloß an das Chemnitzer Urtheil gegen Schippel zu denken, um sich ein Bild machen zu können, welche Tragweite diese neue Definition des Reichsgerichts in der Praxis für die oppositionellen Blätter und Parteien haben wird.

Was wohl allmählich die spärlichen Rechte des ideologischen Bürgerthums sich denken mögen, wenn sie an die Beiten sich erlücken, da im Reichstag der Kampf tobte,

ob das Reichsgericht in Berlin seinen Sitz haben solle oder in Leipzig. Bis wohin gewisse befürchtete Einflüsse angeblich nicht reichen sollten! —

Herrn Eugen Richter's Taktik von seinen Parteigenossen beurtheilt. Herr Sjaac schreibt in der Charlottenburger „Neuen Zeit“:

Derartige verdeckte Angriffe hat Herr Eugen Richter von jeher mit Vorliebe angewendet. Aus dem Hinterhalt heraus greift er mit den bekannten hämischen und nebenbei gesagt, fast immer singirten — Briefkasten-Antworten alle diejenigen Freimüthigen an, welche eine öffentliche Wirksamkeit erlangen, ohne nach der Richter'schen Weise zu tanzen. Wir vertragen durchaus nicht die großen Verdienste, die sich Herr Richter erworben hat, bedauern jedoch umso mehr, daß diese Verdienste sehr beeinträchtigt werden durch die gehässige Manier, mit welcher er Jedermann behandelt, durch den er sein Partei-Papsthum bedroht glaubt.

Im Anschluß hieran, wollen wir auch konstatieren, daß Herr Richter es natürlich nicht für notwendig gehalten hat, seine wiederholten Lügen in Betreff der Putzkontrollmatten zu berichtigen. Es wäre auch vom politischen Anstand des Herrn Richter zu viel verlangt. —

Ein anarchistisches Attentat auf den österreichischen Kaiser, das ist die neueste Sensationsnachricht, die das sensationslüsterne Depeschendureau Herold wie folgt in die Welt setz:

Reichenberg i. Böh., 1. Oktober. Gestern um Mitternacht wurde in unmittelbarer Nähe Reichenbergs auf der Eisenbahnbrücke, welche der Kaiser passieren mußte, ein Dynamit-Attentat verübt. Die Brücke und das Geleise wurden theilweise beschädigt. Sonst fand kein Unfall statt. Der kaiserliche Zug konnte die Stelle passieren. Das Attentat ist wahrscheinlich von Anarchisten ausgegangen. In der Stadt herrscht große Aufregung.

Wer braucht denn gegenwärtig um jeden Preis ein anarchistisches Attentat? Diese Frage muß man doch stellen, wenn man weiß, daß genau vor zehn Tagen aus Fioridsdorf bei Wien das Wolff'sche Depeschendureau ebenfalls ein „anarchistisches Attentat“ zu melden mußte, das sich bei näherer Betrachtung als ein plumper Versuch des Weichenwärters herausstellte, um für angebliche Unfallverhütung eine Belohnung zu ergattern. Wenn an der Geschichte überhaupt etwas dran ist, so dürfte es sich um Nechliches handeln, ist aber wirklich Dynamit verwendet worden, so hat die österreichische Polizei in den vergangenen Anarchistenprozessen der achtziger Jahre zur Genüge bewiesen, wie gewissenlos sie „anarchistische Verbrechen“ züchtete, arrangirte und bezahlte. Man braucht in Wien bloß den Namen des Polizeiraths Frankel zu nennen — und der Polizei-Anarchismus steigt in seiner ganzen Nichtswürdigkeit aus der Senkgrube der öffentlichen Verachtung heraus, in die er seit dem Wiedererwachen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Oesterreich geworfen wurde. —

Der Selbstmord Boulanger's hat nur insofern eine gewisse politische Bedeutung, als er die absolute Hoffnungslosigkeit des Chauvinismus in Frankreich befestigt. Dieser Chauvinismus hatte in dem tapferen General seine Inkarnation, seine persönliche Verkörperung gefunden; und so lange der Chauvinismus lebenskräftig und — zahlungsfähig war, konnte der „brave“ Boulanger in Sans und Brans leben. Wie das Geschäft allmählich niederging, das ist den Lesern bekannt. In den letzten Monaten schien es sich wieder etwas erholen zu wollen — anlässlich der französisch-russischen Allianz-Flotten-Romödie. Wie wir seiner Zeit schrieben, fiel die Bewegung für diese Allianz, das letzte Ideal der Chauvinisten, ganz genau mit der ehemaligen boulangistischen Bewegung zusammen: Dieselben Macher, dieselben Organe, dieselben Reklamemittel.

Der Ausschöpfung war jedoch nicht von Dauer — die Franzosen ließen sich durch den Schwindel nicht irreführen — sie sahen den Sumpf und den Abgrund, in welchen das Revanche-Fresko sie gelockt hätte — das Geschick machte Peite und der Chef der Firma hat sich todgeschossen — die einzige nützliche That seines Lebens. —

Seiter ist, wie der journalistische Boulanger, Rochefort, den Tod seines Komplizen im „Intransigant“ meldet: „Gannibal tötete sich, bestieg von Scipio. — Boulanger fiel unter den Streichen der deutschen Juden und Diebe“. — Häng' Dich, Stöcker, Du bist ein Stümper! kann man „Figaro“ paraphrasiren. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Die Dortmunder Sozialdemokraten nahmen in ihrer letzten Versammlung einstimmig folgenden von Tölcke gestellten Antrag an:

Die Versammlung spricht über das bekannte fortgesetzte Treiben der sogenannten Berliner Opposition, welches Treiben nur grenzenlosen Leichtsinns oder böswillige Absichten gegen die Partei zur Grundlage haben kann, ihre höchste Mißbilligung aus und beantragt:

Der Parteitag möge Maßregeln ergreifen, durch welche einem solchen Skandalösen Vorgehen, wie es sich die Urheber und Wortführer der Berliner Opposition“, trotz der Beschlüsse des vorjährigen Parteitages in Halle, haben zu Schulden kommen lassen, innerhalb der Partei für die Zukunft vorgebeugt wird.

Ferner beschloß man einstimmig:

Der Parteitag möge beschließen: 1. daß es Pflicht eines jeden Parteiblattes ist, einem jeden anderen Parteiblatte ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen.

2. daß der „Vorwärts“ jedem Parteiblatte zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organen und eins zum Einreichen in die Bibliothek der Redaktion.

3. daß der Redaktion eines jeden Parteiblattes seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigentum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblattes an die Parteileitung zurückzuliefern ist.

Dem von Breslau gestellten Antrag betreffs größerer Pflege der Jugendliteratur schlossen sich die Dortmunder Parteigenossen gleichfalls und zwar einstimmig an. Die Versuche der katholischen Zeitung „Trennung“, die Blutaffäre in Buer der Sozialdemokratie aufs Konto zu setzen, wies die Versammlung aufs entschiedenste zurück, und Genosse Tölcke wurde beauftragt, sämtlichen Dortmunder Zeitungen einen diesbezüglichen Protest zugehen zu lassen.

Dem Programmvorwurf stimmten im Wesentlichen zu die Parteigenossen von Lauenburg, Brandenburg, München.

Delegirtenwahlen zum Parteitag. Brandenburg. Gwald. Randow-Greifenhagen Kwin Rixen - Berlin.

Eine treffliche Abfertigung läßt der in London erscheinende „Daily Chronicle“ gewissen Ordnungsbefähigern zu Theil werden:

Der Minister des Innern, Matthews, oder der Polizeipräsident, Sir C. Bradford, scheinen entschlossen zu sein, sozialdemokratische Versammlungen in gewissen Theilen Londons nicht länger zu dulden. Im World's End in Chelsea haben solche Meetings acht Jahre hindurch ununterbrochen stattgefunden. Jetzt verbietet die Polizei dieselben. Dasselbe ist der Fall mit anderen Meetings. Sichern solche den öffentlichen Frieden oder hindern sie ruhige Leute, so ist ein derartiges Verbot erklärlich. Sonst aber sehen wir die Weisheit oder Gerechtigkeit dieser Unterdrückungspolitik nicht ein. Arme Leute können keine Säle mieten. Aus diesem Grunde müssen viele Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden. Die friedliche Erörterung von Beschwerden zu verbieten oder zu erschweren, heißt sicher, den Elementen der Unordnung Vorschub leisten. In London giebt es Rowdythum genug, um der Polizei zu schassen zu geben. Um politische Meetings braucht sie sich weniger zu kümmern.

Das könnten auch gewisse Leute anderwärts sich merken.

Eine Volksversammlung in Darnhast bei Baden-Baden, welche auf einer Wiese tagte und von Hunderten von Männern und Frauen besucht war, nahm nach einem Referate unserer Parteigenossen Lutz aus Baden und Kalnbach aus Karlsruhe die bekannte Resolution gegen die Kornzölle einstimmig an. Der Pfarrer aus Neunzier, welcher sonst sehr tapfer von der Kanzel herab gegen die Sozialdemokratie donnert, war trotz schriftlicher Einladung, die ihm mittelst eingeschriebenen Briefes zugehelt worden war, nicht in der Versammlung erschienen, ebenso wenig die übrigen Gegner; wenn von den letzteren wirklich welche dazugewesen sein sollten, so verhielten sie sich jedenfalls mäusehinstill. Dafür rissen gegnerische Hände die von unseren Genossen angeklebten Plakate ab. Auch eine „Rache“!

Es weht im Deutschen Reiche wieder ein scharfer Wind, sagt die „Münchener Post“ gelegentlich einer Mittheilung, wozu ihr die letzte Sonntag-Nummer wegen des darin enthaltenen „Wiegensiedens“ Konjunktur wurde auf Grund des Gotteslästerungs-Paragrafen (§ 166). Das Gedicht soll nach dem „Fremdenblatt“ deshalb ein Vergehen gegen die Religion enthalten, weil es davon spricht, daß man den jungen Weltbürger ungefragt taucht! —

Der scharfe Wind hat unseres Erachtens noch nie in diesem gesegneten Deutschland aufgehört, aber daß er scharfer geworden ist, und zwar genau so scharf, als es ohne Ausnahme gegen Sozialdemokraten sein kann, das scheint uns aus der großen Anzahl von Prozessen und den harten Urtheilen hervorzugehen, von welchen in den letzten Wochen die sozialdemokratische Presse betroffen worden ist.

Während den Staatsanwälten beim Studium unserer Presse Befehle gegen diesen oder jenen Paragrafen der verargerten Strafgesehe selten entgehen, scheinen sie jene Artikel der Ordnungspresse zu übersehen, in welchen zu Gewaltthatigkeiten gegen Sozialdemokraten aufgefordert wird. Und doch wäre hier, wo es sich um die Sicherheit von Leib und Leben handelt, ihr Einschreiten viel nötiger, als bei Vergehen religiöser Natur.

Kinstenwalde, 26. September. Eine öffentliche Volksversammlung fand heute hier im Schäferhause statt. Genosse Nothmann aus Berlin referirte über das Parteiprogramm und die Taktik der Sozialdemokratie. Nach kurzer Debatte wurde eine Resolution angenommen, welche das Einverständnis der Versammlung mit dem Entwurf im Prinzip erklärte, dem Parteivorstand ein Vertrauensvotum ausstieß, und sich gegen das Gebahren einiger Berliner Oppositioneller wendete. Es wurde ferner beschlossen, daß der Delegirte zum Parteitag den Fraktionsvorstand zu ersuchen habe, mit größtmöglicher Nachdruck für Aushebung der Kornzölle im Reichstage einzutreten. Ferner sprach man den Wunsch aus, der Parteitag möge dahin wirken, daß dem Programm ein Passus eingefügt werde, welcher die Entschädigung der zur Uebung eingesetzten Referenten fordert.

Die Wahl eines Delegirten zum Parteitag wurde bis zur nächsten Versammlung, in welcher Genosse Seger aus Kottbus über den internationalen Kongreß Bericht erstatten wird, vertagt.

Auf der Volkbrauerei in Spandau hat am letzten Sonnabend eine Volksversammlung stattgefunden, in welcher Genosse Richard Fischer über den Brüsseler Kongreß und den Erfurter Parteitag referirte. Es wurden zwei Resolutionen angenommen; die erste betandete ihr Einverständnis mit dem Referenten in Bezug auf den Brüsseler Kongreß und verpflichtete sich, im Sinne der dort gefassten Beschlüsse zu wirken. Mit Bezug auf den Erfurter Parteitag beschloß die Versammlung den zu wählenden Delegirten zu verpflichten, in Erfurt im Sinne der bisherigen Taktik und für Annahme des Parteiprogramms nach dem Entwurf des Parteivorstandes zu wirken. Gewählt wurde als Delegirter Genosse Wernau aus Berlin.

Velbert, 27. September. Eine Versammlung von Parteigenossen, in welcher Bildhauer Sandooß aus Schwaben über: Die weltgeschichtliche Sendung des Sozialismus und seine Ziele“ referirte, faßte eine Resolution, in welcher sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und nach vorausgegangener Erläuterung dem Programmvorwurf zustimmte, mit Ausnahme der Ziffer 3 des zweiten Theiles, welcher Passus folgendermaßen abgeändert werden soll: „Jeder Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts hat zu allen Lehr- und Bildungsanstalten Zutritt; dieselben sind jedoch von allen religiösen Dogmen frei zu machen. Die Kosten sind durch Staatsmittel aufzubringen“; ferner — heißt es in der Resolution — „verwirft die Versammlung das unangebrachte Gebahren der Berliner Opposition, besonders gegenüber der sozialdemokratischen Richtungsfraktion, unter der die Partei die bewährtesten, kampferprobtesten Genossen zählt, welche nach gewissenhaftem Studium der Verhältnisse zwecks Erreichung der für die Allgemeinheit gesuchten edlen Ziele der Sozialdemokratie mit der nötigen Klugheit vorzugehen wissen“.

Freigesprochen wurde vom Altonaer Landgericht der Genosse Richard Berner, welcher vor dem Schöffengericht in Bargtheide zu 30 M. Geld- bzw. 8 Tagen Gefängnisstrafe und zu den Kosten verurtheilt worden war, weil er sich der Anklage zur Sachschädigung schuldig gemacht haben sollte, welche letztere im Anleihen eines Plakats gefunden wurde. — Ferner sprach die Strafkammer zu Kiel den Tischlermeister G. Elbjön kostenlos frei, welcher in einer zu Rortorf abgehaltenen Versammlung bei der Diskussion mit einem Dr. med. Prager denselben beleidigt haben sollte. — Ebenso endete ein Prozeß gegen den Redakteur P. Wender vom „Offenbacher Abendblatt“, welcher die Darnstädter Staatsanwaltschaft beleidigt haben sollte, mit Freisprechung.

Dem Bergmann Schröder, welcher in Espien bei Altona referiren sollte, verbot der Wirth Andreas Ruffing das Lokal. Das Bergarbeiterblatt „Schlagel und Eisen“ meint, das habe in „Vorstellungen“ seinen Grund, welche dem Wirth auf dem Bürgermeisteramt gemacht worden wären. Die Beschwerdeführung Schröder's beim Landratsamt blieb natürlich fruchtlos.

Theater.

Freitag, den 2. Oktober.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Die Augen des Herzogs. Am Freitag. Herrn Koudels Gardinenpredigten.
Festung-Theater. Die Gvve.
Berliner Theater. Die Neuwermählten. — Jugendliebe.
Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Residenz-Theater. Von Dreien der Glückliche. — Vorher: Besuch nach der Hochzeit.
Walker-Theater. Der Mann mit hundert Köpfen. — Musikalisch-dramatorische Abendunterhaltung.
Friedrich-Wilhelm-Büdi. Theater. Oufel-Caprian.
Thomas-Theater. Mädchenfchule.
Ostend-Theater. Vom Stamm der Héra.
Pellealliance-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Theater Reichshallen
 Neues Programm!
Maria la Bonita
 die erste Tänzerin Spaniens.
Hunde-Orchester.
 The 6 Sambaos.
 Die Nichts. u. f. w.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der **Hamburger Gaudebrüder**
 Konzert- und Komplettsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 8 Regalbuden 6 Billards, 2 Sals.
 1169L

Stabliement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Rodmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Kaiserbier
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-Panopticum
 ist bis zur Fertigstellung des neuen Theater-Saales geschlossen.

Castan's Panopticum.
 Jetzt: Friedrichstr. 165,
 Ecke Behrenstrasse.
 Neu:
Prinzess Pauline.
 Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 75

Allen Parteigenossen empfehle mein Restaurant zum **„Rothem Meer.“**
 1278L. W. Haugk, Boedstr. 12.

C. Säger's Salon,
 Grüner Weg 29.
 für Festlichkeiten, 150 Personen fassend, noch einige Sonnabende frei, ebenso für Dienstag Abend stehen noch mehrere Vereinszimmer, von 30-50 Personen fassend, zur Verfügung. 1821b

Folgende Personen ersuche ihren Verpflichtungen nachzukommen:
A. Barts, F. Marth, Apfelgrün, Kadutz.
 1898b E. Wilschke.

Circus Renz.

Carlstraße.
 Freitag, den 2. Oktober 1891,
 Abends 7 1/2 Uhr: Mit vollständig neuen scenischen u. choreographisch. Einlag. u. neuen Wasser- resp. Belohnungseffekten: **Auf Helgoland,** oder: Ebbe und Fluth, gr. hydrologische Anschauungsbauten in 2 Abtheilungen mit National-Läuzen (60 Damen), Aufzügen u., Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesen-Pontänon mit allerlei Sichteffecten u., arrangirt u. inscenirt vom Dir. E. Renz. Kunstschwimmerinnen 3 Geschw. Johnson. Schluß-Tableau: Grands Fontains lumineuses, in einer Höhe von mehr denn 20 Fuss ausstrahlend. Außerdem: Bal und Concert hippique von 8 arabischen Schimmelhengsten dargestellt, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Colmar, geritten von Frau. Clotilde Hager. Emperor, ger. von Herrn Gabor. Eine Pann-Quadrille, geritten von 16 Damen. Auftreten der Sisters Lawrence am H. Trapez, der Parforce-Reiterin Mlle. Adele, Mr. Alex. Briatore, Mr. Adolf Delbong und Mr. F. Chiarini u. Täglich: **Auf Helgoland.** Sonntag 2 Vorstellungen Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren in Begleitung von Erwachsenen frei) Abends 7 1/2 Uhr: **Auf Helgoland.**
 E. Renz, Direktor.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Musikinstrumenten-Arbeiter
 Sonnabend, d. 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Kuhlmeys Salon, Schönhanser Allee Nr. 28.
 Tages-Ordnung: 1. Der Streik bei Plettschmann u. Söhne. 2. Diskussion. 3. Bericht der Agitations-Kommission. 4. Verschiedenes.
 Die Agitations-Kommission.

Versammlung der Militär-Schneider
 am Sonnabend, den 3. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
 in der Johannisstraße 20 bei Müller (Eingang durch's Lokal).
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Thomas Moore“. Referent: Kollege Timm. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Militär-Schneider den Siedern gegenüber, eocnt. Aufnahme in unseren Verein? 4. Verschiedenes.
 Der Vorstand.

Leseclub „Carl Marx“.
 Große öffentliche
Versammlung für Männer u. Frauen
 am Sonntag, den 4. Oktober, Abends 6 Uhr,
 im großen Saale der Berliner Brauerei am Tempel, Berg.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Ludw. Henning (Lehrer an der Arbeiter-Bildungsschule) über: „Die Weltanschauung der neueren und neuesten Zeit“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nachher gesellige Unterhaltung und Tanz.
 Der Einberufer.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatts
 Berlin SW., Beuthstraße 2.
 Im Verlage von Auer & Co. in Hamburg ist erschienen und von uns zu beziehen:
Der Neue Welt-Kalender
 für das Schaltjahr 1892.
 Mit einem Farbendruckbilde „Auf dem Markte“ und einem Wandkalender auf Karton.
 Reich illustriert. Preis 50 Pf.
Inhalts-Übersicht:
 Kalendarium. — Post- und Telegraphenwesen. — Deutscher Wechselkampf. — Auszug aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. — Rückblick auf die Zeit vom 1. Mai 1890 bis 15. Mai 1891. — Die Volkserziehung vom 1. Dezember 1890. — Verzeichniß der Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. (Gedicht). — Pilatus. Erzählung von Franz Wichmann. Mit Illustrationen. — Schiffbrüche. (Gedicht). Mit Illustration. — Die Erde als Morgen- und Abendstern des Mars. Mit Abbildung. — Statistisches aus der Landwirtschaft. Von Max Schippel. — Großvaters Geburtstag. (Gedicht). Mit Illustration. — Unschuldig verurtheilt. Dichtung von Wiltz Hong. Mit Illustrationen. — Die Fergarbeiter rind und jetzt. Von Karl Kautski. — Im Namen des Gescheh! (Gedicht). Mit Illustration. — Antje. Eine Helgoländer Geschichte. Von Klara Rechner. Mit Illustrationen. — North Wittinghausen. Mit Portrait. — César de Vaape. Mit Portrait. — Der Tuberkelbazillus und das Koch'sche Heilmittel. Mit Abbildungen. — Heimkehr aus Kameem. (Gedicht). Mit Illustration. — Fliegende Blätter. (Humoristisches). Die Schwachsinne. Humoreske von W. Regel. Mit Illustrationen. — Aufzügen der Käpzel aus 1891. — Käpzel und Ebdarben.
 Wir empfehlen den vorliegenden 16. Jahrgang des „Neuen Welt-Kalender“ jedem Parteigenossen zur Anschaffung und zur weitesten Verbreitung in indifferenten Kreisen. Derselbe ist ein vorzügliches Agitationsmittel und steht durch seinen gewählten Inhalt weit über der gesammten sonstigen Kalender-Literatur.
 Wiederverkäufern, sowie für Parteibezug, hoher Rabatt.

Unserem Freund **Freih. Hoppe** am 30. Geburtstage ein innigstes Gebetswort! 1897b P. u. M. Wr.

Nachruf!
 Am 27. September verstarb unser Kollege, der Zinkgießer 1893b
Ernst Greulich
 in Schwemsal, Kreis Bitterfeld.
 Da der Verstorbenen bis zu Anfang seiner Krankheit ein thätiges Mitglied unserer Vereinigung war, so werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.
 Die Zinkgießer Berlins.

Achtung!
Zimmerer von Schöneberg!
 Am Sonntag, den 4. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, findet die Abrechnung vom 3. Quartal der Zentral-Franken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Zimmerer der Verwaltungskasse Schöneberg in den „Sieben Raben“, Hauptstraße 57, statt, und ersuche, daß sämtliche Mitglieder erscheinen.
 1894b Der Vorsteher.

Die Fachschule
 des Fachvereins der Tapezierer ist eröffnet und findet jeden Freitag Abends 9 1/2 Uhr bei Mathies, Wallstraße 20, Unterricht statt; derselbe ist für Mitglieder unentgeltlich. 989/4

Achtung!

Die sozialdemokratische Versammlung für diejenigen Genossen, welche mit der Taktik der Partei nicht einverstanden sind, kann unvorhergesehener Umstände halber am **Freitag, den 2. Oktober nicht stattfinden.**
 1828b Der Einberufer.

Verein der Bauanschläger Berlins u. Umg.
 Am 4. Oktober, Vormittags 10 1/2 Uhr,
 bei Orschel, Sebastiansstraße 39:
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht über die Landpartie und Sommerfest. 2. Fortsetzung der Verathung der Statuten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragelasten.
 1840L Der Vorstand.

Zimmerleute!
Freie Vereinigung der Zimmerer Berlins u. Umgegend.
 Montag, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 in Relih' Salon, Bergstr. 12.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen F. Wilke über: „Unsere Waffen im Kampf um's Dasein.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes u. Fragen. 4. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Mitgliede zur Pflicht eines jeden Zimmerers ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 952/19 Der Vorstand.

Verband deutsch. Zimmerleute
 (Lokalverband Berlin).
 Montag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr,
 in Fenerstein's Lokal, Alte Jakobstraße Nr. 75:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Gründel über die Volkserziehung und den Sozialismus. 2. Wahl eines Ausschusses, eines Kassirers und eines Vertrauensmannes für die Arbeitsvermittlung des Nordens, Bergstraße 60. 3. Verschiedenes und Fragelasten. 4. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es jedem Mitgliede zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.
 859/4 Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Maurer u.
Zahlstelle Berlin I (Putzer).
 Am Sonntag, den 4. Oktober, Vormittags 11 Uhr,
 in den Bürgerkälen, Dresdenerstraße 96:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Kassenabrechnung vom 3. Quartal 1891. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 881/9 Die Lokalverwaltung.
 NB. Beiträge werden entgegengenommen bei G. Schmidt, Remede-straße 60, II.; A. Kelpin, Ruppinerstraße 4; Sonntags Brauerei Königsstadt, F. Fiedlich, Naunynstraße 43; G. Krüger, Heim- u. Willibald-Meißstr. Ecke; S. Neumann, Alvenslebenstraße 8a, III.; Sonnabend, Abends von 8 bis 9 Uhr, bei Grassander, Schwerin- u. Zietenstr. Ecke; G. Gräberberg, Deutsch-Wilmersdorf, Gasteinerstraße 15, Part. — Sämtliche Hilfskassen werden aufgefordert, in dieser Versammlung mit dem Kassirer abzurechnen.

Berein der Einseher (Tischler).
 Sonntag, d. 4. Oktbr., Vorm. 10 1/2 Uhr, Neue Friedrichstr. 44:
Ordentl. General-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Kassen- u. Revisionsbericht. 2. Vorstand's-Antrag. 3. Wahl der Arbeitsvermittlungskommission. 4. Fortsetzung der Statuten-Verathung. 5. Verschiedenes u. Fragelasten.
 145/19 Der Vorstand.
 NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich nur Neue Friedrichstraße 44, Abends 9-10 Uhr. Sonntags, Vorm. 10-12 Uhr, im Restaurant.

Tischler-Verein.
 Sonnabend, d. 3. Okt., Abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag 2. Vereinsangelegenheit. Billets zu dem am 10. Oktober in Keller's Hofjäger stattfindenden 20. Stiftungsfeste sind bei sämtlichen Vorstandemittgliedern, sowie bei dem Kassirer A. Winter, Alfabeth-Str. 55, und dem Vorsitzenden H. Kreuzner, Baujägerstraße 44, zu haben.
 1339L Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.
 Montag, den 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Leo Aron über: „Der Ideengang der Bodenbeschreifer“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 NB. Diejenigen Mitglieder des Vereins, welche diesen Herbst zum Militär eingezogen werden, werden ersucht, ihre Adresse auf dem Arbeitsnachweis, Wallstr. 7/8, abzugeben. Derselbe sind auch Billets für die Urania zu ermäßigten Preisen für die Vereinsmitglieder zu haben.
 922/18 Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung mit Frauen
 der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 4. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Wondt, Köllinerstrasse 17.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Rohrlack über: „Die Prostitution und die Produktionsweise“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach dem gemeinsamen Beisammensein und Tanz.
 Alle Hilfsarbeiter mit Frauen möchten sich doch zahlreich einfinden.
 1800b Der Einberufer.

Billigste Lebensmittel. Vorzügliche Qualität.
Dubois & Co., Neue Friedrichstr. 79b.

Tokales.

Der Mordprozess Heintze erscheint der Bourgeoisie äußerst interessant. Und auch, aber aus ganz anderen Gründen. Die Bourgeoisie im Zuschauerraum des Schwurgerichtssaals wollen ihre Aufregung haben. Wir pflichten gewiss der Bourgeoisie nicht bei, wenn diese den Frauen das Jüdenrecht bei etwas bedenklichen Dingen rund unterlegen will; diese Befugnis für die Moral der Frauen schließt die ganze Bevormundung, den ganzen Zwang, den der Mann über die Frau nach den ersten bürgerlichen Begriffen auszuüben hat, ein. Aber in diesem Fall ist das Interesse der Damen wohl in der That nur dem Stoff — für den es ein charakteristisches Attribut nicht bedürfen wird — zuzuschreiben. Denn ein psychologisches Interesse hat der Prozess kaum. Er hat erstens ein juristisches, indem es sich um den Versuch der Konstatierung eines Schuldbeweises aus kleinen und dazu meist unsicheren Indizien handelt. Vermuthlich ist für die Damenwelt unserer Bourgeoisie dieses juristische Interesse nicht vorhanden. Der Prozess hat zweitens ein soziales Interesse. Und dieses ist bei den Damen der Bourgeoisie noch weniger vorhanden. Bleibt nur die Lust am Stoff übrig. Und überhaupt der brave Bürger unterhält sich halb bei einem solchen Stoff und halb erstet er sich. Das Amüsement und die Entzückung sind komplementär im Empfindungsleben des Bourgeois. Er ist es, der die Prostitution haben muß, und er ist es, der die Prostitution moralisch verurtheilt. Nachdem er seinen Theil daran weg hat, meint er immer noch das Ganze der Einrichtung verwerfen zu können. Mary bemerkt einmal: das sei ebenso logisch, als wenn jemand die Hälfte eines Apfels gegessen habe und dann verlange, noch einen ganzen Apfel in der Hand zu haben. Den Apfel, den die alte Prostituirte Heintze, wie sie nun ist, erweckt, überträgt der Bourgeois ohne viel Nachdenken auf den Entschluß der jungen Heintze von damals, Prostituirte zu werden. Als die Folge dieses Entschlusses aber betrachtet er den jetzigen sittlichen Zustand der Person. Rein die Angabe der Heintze: „Ich verdiente als Näherin wöchentlich fünf Mark, ich hatte auch sonst keinen Anhalt und so bin ich zu dem Gewerbe gekommen“ ist recht wahrscheinlich. Diesen Wochenlohn verdienen in Berlin Tausende von Arbeiterinnen und dadurch wird manche der Prostitution in die Arme geführt. Also nicht ein freier Entschluß, sondern ein harter Einfluß der ökonomischen Lage hat aus der Dirne das gemacht, was sie ist, und da diese ökonomische Lage das Produkt der bürgerlichen Gesellschaft ist, so steht diese bürgerliche Gesellschaft vor sittlichen Zuständen, wie sie der Mordprozess Heintze offenbart, als vor ihrem eigenen Werk. Sie erkennt das nicht: das gehört zu ihren Eigentümlichkeiten. Sie wendet sich von ihrem Werke ab und klagt darüber die Verdorbenheit ihrer Opfer an: auch das liegt ihr im Blute. Der Mordprozess Heintze enthält die furchtbare Anklage für die Gesellschaft. (Und diese Gesellschaft wird nach dem Prozess Heintze wahrscheinlich strengere Strafsätze und schärfere Polizeimaßregeln verlangen.) Deshalb scheint er auch nur haltlos zu sein. Über damit das Recht walte und die Vergeltung eintrete? Zu einem zweifelhaften juristischen Spruch ist da wenig Aussicht. Welche ungeheure Summe von Kosten und von Arbeit wird hier aufgewandt, weil eine ganz kleine Hoffnung vorhanden ist, die letzte Folge einer Urtheile nachzuweisen, die man bestehen läßt, der man für normal erklärt? Wann wird man doch endlich begreifen, daß Verbrechen verhalten wirklich vernünftiger ist, als Verbrechen bestrafen? Wenn sich die Anklage auf Aussagen der vollkommensten Menschen stützt, denen eine falsche Aussage aus Rache, Haß oder aus Hoffnung auf die Belohnung wohl zugunsten ist, — was kann da wohl für ein Beweis herauskommen? Geradezu trivial aber ist es, wenn der „Berl. Börs.-Cour.“ den Zeugen und Vigilanten Pfister zum — Typus des Berliner Arbeiters machen will. Dafür wird der Berliner Arbeiter beständig danken. Der „Berl. Börs.-Cour.“ beurtheilt nicht den Zeugen Pfister nach dem Berliner Arbeiter, sondern umgekehrt den ihm völlig unbekanntem Berliner Arbeiter nach dem Zeugen Pfister.

Die Polizei hatte wohl das Bedürfnis, nach den Fällen Misse, Wende, Weichner, Hirschfeld einmal einen Beweis ihres Könnens zu liefern. Indefi viele Momente hat sie nicht zusammengebracht und vor Allem überhaupt keine neuen. Nur eine Stimme ist darüber, daß die beiden Verteidiger nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Sie beherrschen das Material nicht und helfen sich nun damit, daß sie alles Mögliche hereinziehen, womit sie doch nur eine unnütze Verlängerung herbeiführen. Der eine der Verteidiger machte eine Staatsfrage daraus, daß er die erforderlichen Entschuldigungen in den Saal gebracht bekomme. „Es ist einfach Selt, was wir uns kommen lassen“, bemerkte er dem Präsidenten. „Es lag ein undefinirtes Selbstgefühl in diesem: „Einfach Selt“. Wenn Einer mit seinem juristischen Können nicht imponirt, so verbreitet es dafür vielleicht einigen Nimbus um ihn, doch er Selt trinken kann.

Ein „Kampfschlachtfeld“ — allerdings keiner à la Aß, und auch kein Ehrenkämpf, an dem aber das große Publikum ein ungleich größeres Interesse hat, als an jenen — wird seitens des „Vereins der Berliner Milchpächter“ gegen den „Milchring“ geführt, welcher sich zur Vertheuerung der Milch in Gestalt des „Vereins der Milchproduzenten der Umgegend Berlins“ gebildet hat. Wo Alles liegt, kann Karl allein nicht helfen, d. h. wo Alles vertheuert wird, soll nun auch die Milch, dieses höchwichtige und für Berlin so unentbehrliche Nahrungsmittel, „bluten“ und zwar im Interesse der nothleidenden Landwirthschaft. Der „Verein der Milchproduzenten“, um den sich besonders ein Herr O. Kuche unerschöpfliche Verdienste erworben hat und noch erwirbt, sucht die Zwangsfrage der Milchpächter, Berlin mit Milch zu versorgen, nach besten Kräften im Interesse seiner Mitglieder auszuüben und die Produkte derselben, die Milch, zu höheren Preisen loszuschlagen, als sie bisher dafür erhielten, was naturgemäß eine Vertheuerung der Milch für den Konsumenten, das Berliner Publikum, zur Folge haben muß. Um diesen Zweck zu erreichen, haben die Milchproduzenten den Milchpächtern die bisherige Pachtverträge gekündigt und solche nur zu erhöhten Pachtpreisen neu abgeschlossen. Einen Einblick in die Machinationen des „Vereins der Milchproduzenten“ gestatten die Stimmungsberichte, die allwöchentlich verovungabst wurden und von welchen wir nachfolgend einen solchen lassen. Derselbe lautet:

Geschäftsstelle des Vereins der Milch-Produzenten. Berlin, den 29. August 1890. Stalitzerstr. 20. Auch in dieser Woche sind größere Abschlässe zu erhöhten Preisen zu Stande gekommen, so daß der Verkauf des Pachtgeschäfts als ein günstiger zu bezeichnen ist. Die Pächter überlegen sich immer mehr und mehr davon, daß es ohne eine Preisverhöhung nicht abgeht, und beschleunigen den Abschluß, sobald sie erfahren, daß die Pachtung hier zur eodent. anderweitigen Verpachtung angemeldet worden. Trotzdem giebt es noch Pächter für größere Pachtungen, welche bis heute noch ohne jeden Anhalt für eine Pachtung sind. Es liegt daher kein Grund vor zu einer niedrigeren Preisbestimmung, vielmehr wird wie bisher an den Forderungen festzuhalten sein. O. Kuche. Man sieht, wie es gemacht wird! Natürlich wird als Grund

der Milchvertheuerung die Steigerung der Futtermittelpreise angegeben und mit den „erhöhten Löhnen“ der erforderlichen Arbeiterkräfte zu begründen versucht, doch ist dies nur ein Vorwand, da bei einem rationelleren landwirthschaftlichen Verfahren die Milchproduktion für die Milchproduzenten sich erheblich vorthellhafter gestalten könnte. Statt dessen ist es aber bequemer, einfach höhere Preise für die Milch zu fordern, so daß die Preissteigerung jetzt schon bis zu 3 Pfennig pro Liter ausmacht. Daß der „Milchring“ nicht überall Gegenliebe gefunden hat, geht aus dem Umstande hervor, daß derselbe die Errichtung von großen Meiereien in der Provinz beschloß, in welchen alle nicht zu dem hohen Preise verpackete Milch verbottet werden soll. Die Milchpächter von Berlin suchen nun aus weiterer Entfernung Milch der Reichshauptstadt zuzuführen, und man ist bereits daran gegangen, festzustellen, wie hoch sich der Transport stellen würde, wenn allmählich ein größerer Milch-Extra-Schnellzug aus Elbing nach Berlin führe. Daß die Milchpächter in ihrem Bestreben, Berlin mit preiswerther Milch zu versorgen, die Sympathie des Berliner Publikums auf ihrer Seite haben, ist naturgemäß und wäre nur zu wünschen, daß die Staatsregierung durch Herabsetzung der Eisenbahntarife diese Bestrebungen unterstützen würde, damit dieser „Kampfschlachtfeld“ nicht zu Gunsten der Herren Großgrundbesitzer, Domänenpächter u. andern möge.

Die Neu-Ordnung des Vorort-Verkehrs hat gestern vom frühesten Morgen an die Kräfte der Eisenbahnbeamten außerordentlich in Anspruch genommen. Namentlich für die Schalterbeamten war es gestern ein schwerer Dienst; alle Hände voll hatten sie zu thun, um die Fragen, Bitten und Gesuche des noch den Vororten fahrenden Publikums zu erledigen. Die zur Ausgabe gelangenden Fahrkarten für die Vorortstrecken sind für die zweite Wagenklasse von grüner Farbe mit rothen Kreuzstreifen, für die dritte Klasse braun mit ebensolchen Streifen. Die Arbeiter-Wochenkarten, sowie die Arbeiter-Rückfahrkarten sind unverändert geblieben; in Hordfall kommen nämlich die Fahrkarten erster und vierter Klasse, die Arbeiter-Tagesbillets, sowie die Rückfahrkarten. Die Absperrung der Bahnsteige ist genau nach dem System auf der Stadtbahn durchgeführt; die Fahrarten werden beim Betreten des Bahnsteiges surirt und beim Verlassen auf der Endstrecke abgenommen. Die neue Bahnsteigbahn ist der Anführung gemäß früh um 5 Uhr dem Betrieb übergeben worden. Alle Bahnhöfe der neuen Strecke hatten Ploggenständer angelegt. Diezüge der neuen Linie bestehen aus je einem Gepäckwagen, drei Wagen zweiter und fünf Wagen dritter Klasse; die Wagen zweiter Klasse befinden sich wie auf der Stadtbahn in der Mitte des Zuges. Der Betrieb ging während des Vormittags schon in aller Ordnung von Statten. Eine Verkehrssteigerung war vorläufig noch nicht zu bemerken; nur wenige Neugieriger benutzten bis zur achten Stunde die Bahn bis zur Großgörschenstraße. Auf den anderen Vorortstrecken waren nach Meldung eines Berichterstatters nicht allseitig die nöthigen Vorkehrungen getroffen, um das Publikum mit dem Befeh der neuen Einrichtung bekannt zu machen. Auf den Stadtbahn-Stationen vor nicht ein einziger neuer Tarif ausgehängt; auf Bahnhof Friedrichstraße prangte dicht neben dem Schalter noch der alte Tarif. Auch auf dem Gürtler Bahnhof war an bevorzugter Stelle noch der alte Tarif angebracht zum größten Erstaunen des Publikums, welches eifrig den „Tarif“ indierte, eine Verbilligung aber nicht herausfinden konnte. Auf der Strecke der Schlesischen Bahn war eine kleine Verkehrssteigerung zu bemerken. Bis 1/2 Uhr waren auf dem Schlesischen Bahnhof 250 Fahrkarten nach Friedrichshagen verkauft. Auf Bahnhof Friedrichstraße waren um 9 Uhr nach Potsdam 49, nach Friedrichshagen 35, nach Spandau 33 Fahrarten verkauft. Den ersten neuen Vorortzug der Gürtler Bahn benutzten nur 8 Personen; der Zug verließ Berlin Nachts 2 Uhr 44 Minuten. Auf der Anhalter Bahn befand sich in jedem Zug noch ein Wagen, der zur Hälfte die Einrichtung der vierten Klasse zeigt. Sehr streng gehandhabt wurde der Gepäckverkehr; auch nicht das kleinste Gepäckstück, das nicht als „Handgepäck“ sich auswies, wurde ohne „Billet“ durchgelassen. Wenig erbaunt sind die Arbeiter, die bisher Arbeiter-Tageskarten benutzt haben. Die meisten kauften sich gewöhnliche Fahrkarten, nur wenige lösten Arbeiter-Wochenkarten. Bahnsteig-Karten wurden verhältnismäßig viel gekauft; allein auf Bahnhof Friedrichstraße wurden deren bis 9 Uhr 300 abgesetzt.

Dr. Grabowski ist vorgelesen, wie der „Volks-Zeitung“ mitgetheilt wird, von langen Leiden durch den Tod erlöst worden. Der Verstorbenen war einer jener charakterfesten Männer, welche ihrer Ueberzeugung jedes Opfer bringen. In seiner Jugend wurde er durch Kämpfe in die deutsch-katholische Bewegung hineingezogen und ohne Bedenken gab er sein Amt auf und wurde Prediger einer neugegründeten deutsch-katholischen Gemeinde. Später war er als Journalist thätig und leitete jahrelang ein fortschrittliches Blatt in Elbing. Im Alter wirkte er als Lehrer und Erzieher. Ein schmerzhaftes Leiden warf ihn zuletzt auf Krankenlager, er fand in dessen die liebevollste Pflege seitens seines Sohnes, welcher Arzt ist und seiner Tochter, der früheren Popschaupfisterin Grabowski. Vor Jahren war der Verstorbenen als Berichterstatter auch für unser Blatt thätig.

Ein hier neugegründetes Blatt entwirft von dem berühmten Dichter und Schriftsteller Paul Lindau folgendes „Augenbild“: 33 Jahre. Raubvogelkopf. Runde Augen. Tendenz: schiefend. Goldenes Pince-nez. Jugendliche Jaquette, helle Westen und „geniale“ Kravatten. (Eigener Ausdruck.) Beruf: Nacht-Mis. Gewesener Redakteur der „Aberfelder Zeitung“, gewesener Begründer der „Gegenwart“ (die heute ein etwas unartiges Kind für Pops „Faulen“ geworden ist) gewesener Kritiker des „Berliner Tageblatt“, gewesener Dramaturg des „Deutschen Theater“, gewesener Redakteur des „Hilfen Bismarck“ (bis 29. März 1890), langjähriger „hochverehrter“ Freund des Direktors Ludwig Varnau, Intimus Sr. Maj. des Königs Milan von Serbien, des Herrn Hugo Lubliner (auch Lichter) und des vereidigten (?) Kaiserinmüllers Max Roda — (Sprich: Kossitz!). Jetzt den Belagern seine Ordensammlung, nur um zu beweisen, wie wenig Werth er auf Dekorationen legt. 11 Jänner, eine Witthwaisterin, die „beste Köchin von ganz Berlin“ (Spezialität: Saurekraut mit Champagner) und zwei geschiedene Gattinnen. Spricht mit besonderer Vorliebe von seinen Universitätsjahren, die er — einem unverdächtigten Gerüchte zufolge — in einer Eisenwaaren-Handlung zu Paris verbracht hat. Frontovirt — nach verhängten Mittheilungen — zu Nojrod, während die Lokomotive gewackelt wurde. Schwärmt für Frauenarbeit, namentlich in der Literatur. Zur Zeit sehr bescheiden: Merkanische Wiederer, kalifornisches Goldgraben. Hochmuth kam vor dem „Fall“, der seinen „Schatten“ der „Sonne“ vorauswarf. Im Grunde guter Kerl, der gute brave „deutsche Michel“ (eigener Ausdruck). Besondere Kennzeichen: verblüffende Offenherzigkeit. Saint-Cöris nennt man's in Paris. Lieblingsautor: Franz Mehring. Aus dem Banleben. Es giebt kein schöner Leben, als das Bauunternehmer-Leben in der Haupt- und Kaiserstadt Berlin! Diese keine Variation einer alten Kompletrophe erscheint wohl gerechtfertigt, wenn man sieht, wie diese „nichts besitzende“

Menschenpezies herrlich und in Freuden lebt und nichts zu fürchten hat in der Welt als Gott allein! Doch wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten, und besonders die Sonne des Bauunternehmens hat große Flecken, allerdings nur zum Schaden der Arbeiter, die ja überall ihre Haut zu Markte tragen müssen, wie wieder einmal aus nachfolgender keiner Episode ersichtlich ist. Am Planufer, dicht an der Kottbuser Brücke, wird ein Neubau hochgeführt und zwar von dem einstmaligen Lohnkommissionsmitglied, nachherigen Restaurateur und nunmehrigen Bauunternehmer Herrn Karl H. Die Gegenwart hat diesen Herrn die Vergangenheit noch nicht gänzlich vergessen lassen, denn nach heute besucht derselbe sozialdemokratische Volksversammlungen und gerirt sich als Parteigenosse. Das hat den Herrn indessen nicht verhindert, im vorigen Jahre drei Tage vor dem 1. Mai ohne Weiteres drei Maurergesellen aus der Arbeit zu entlassen, lediglich weil die Verjorgung vorlag, daß diese „drei Agitatoren“ die Arbeitsruhe am 1. Mai auf seinem Bau bewirken könnten. Herr H. leidet als Bauunternehmer natürlich auch am Dalles, besonders des Sonnabends, und als am Sonnabend, den 12. September, der Wochenlohn an die Maurer ausgezahlt werden sollte, da hieß es: „Kinder, ich habe kein Geld! — Blamirt mich nur nicht, in nächster Woche bekommt Ihr Alles — wenn kein Dalles!“ Befand der Maurer B. fand bei Herrn H. im Verdachte, „Geld zu Hause zu haben und daher den Lohn nicht so nothwendig zu brauchen“. Da ihm aber B. erwiderte, daß er erst wenige Wochen in diesem Sommer gearbeitet habe und die ganze übrige Zeit krank gewesen sei, daher das Geld nothwendig brauche, mußte sich Herr Bau-Unternehmer H. wohl oder übel entschließen, 20 M. als Abschlagszahlung herauszurücken. Die übrigen Maurer gingen ohne Geld nach Hause und der Dank dafür sollte nicht ausbleiben, denn am nächsten Sonnabend zahlte Herr H. — Kassenidiot! — Befanders schlecht kam hierbei der vorgekommene Maurer B. fort, denn er erhielt, trotzdem er einer der tüchtigsten Arbeiter ist, nur 50 Pf. pro Stunde! Warum hat er aber auch dem Herrn Bau-Unternehmer 20 M. abgenommen, die er so nothwendig brauchte! Einige jüngere Kollegen sollen sogar nur 45 Pf. pro Stunde erhalten haben.“ Das ist die praktische Anwendung der Theorie eines ehemaligen Lohnkommissions-Mitgliedes als — Bau-Unternehmer!

Zu dem vielbesprochenen Fall Webersdorf können wir nunmehr die nachstehenden authentischen Mittheilungen machen, welche den verhafteten Schanzwirth Fahrenwaldt in ein sehr ungünstiges Licht stellen. Webersdorf, welcher immer noch im Lazarus-Krankenhaus schwer dantederliegt, hat nunmehr bei seiner Vernehmung die folgenden, für die Untersuchung hochwichtigen Angaben gemacht: Er sei am dem Abend des 18. August zweimal in der Wirthschaft Fahrenwaldt's gewesen. Sein erster Besuch sei ohne Störungen verlaufen, während er bei dem zweiten mit J. und noch drei unbekannt gebliebenen Männern wegen einer Wittve Schweizer in Streit gerathen sei. Diese habe in dem Augenblicke das Lokal betreten, als er dem Wirth mit den drei Unbekannten traktirt habe. Nun sei ihm der Antrag geworden, die Sch. zu heirathen. B., welcher zugiebt, angetrunken gewesen zu sein, will in dieser Zustimmung eine Verhöhnung erblickt und seinem Anmuth durch Worte Ausdruck verliehen haben. Fahrenwaldt und seine Komplizen hätten ihn nun gewaltsam auf den Hof geführt, seien dort über ihn hergefallen und hätten unbarbarisch auf ihn eingeschlagen. Die Verletzungen, welche B. hierbei erlitten hat, sind folgende: Bruch des linken Oberarmes, welcher eine dauernde Kürzung des linken Armes zur Folge haben wird; Zertrümmerung des rechten Brustkastens, Zerbrechen des Hinterkopfes und mehrere Verletzungen am rechten Arm und Beine, welche jedoch im Vergleich mit den anderen gering zu achten sind. — J., im Vollbewußtsein seiner Schuld, hat alles nur Mögliche heraufgejucht, um den Verdacht der Thäterschaft von sich abzuwälzen. Er ist soweit gegangen, dem 27jährigen Arbeiter Julius Jörz, welcher in demselben Hause mit ihm wohnte, 50 M. anzubieten, wenn er die Aufgabe mache und beschwöre, daß die Gärtner Metzchen Eheleute als Wirthschaftsbesitzer von Webersdorf's diesen aus dem Fenster geworfen hätten. J. hat diesen Antrag sofort zur Sprache gebracht und ist bereits dieserhalb vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Am letzten Dienstag hat eine Gerichtskommission den Thäter einer Verhaftung unterzogen. Webersdorf wird dauernd invalide bleiben.

Wie in Zeiten der Theuerung und der Hungernoth die Armen sich vor den Vokalen drängen und stoßen, in denen Brot an die Hungrigen vertheilt wird, so drängt und stößt sich das Publikum jeden Mittwoch und Sonnabend früh auf dem hiesigen Schlachthof, wenn das sinnige, zum Genus für die Bemittelten als ungeeignete befundene Fleisch zu einem billigeren Preise an Jeden, der es essen will, abgegeben wird. Bürgerliche Wälder melden, daß „Frauen oft schon Abends um elf oder zwölf Uhr aufstellung am Verkaufsort nehmen, um sicher zu sein, am anderen Morgen auch Fleisch zu erhalten“. Dabei wird das Fleisch nicht einmal unsonst gegeben. Das Pfund sinniges Rindfleisch kostet 35 Pf., das Pfund sinniges Schweinefleisch 40 Pf. Da gesundes Rindfleisch gegenwärtig für einen Preis von 75 Pf. aufwärts, gesundes Schweinefleisch für einen Preis von 80 Pf. aufwärts zu haben ist, so beträgt die Ersparnis nur 35-40 Pf. Wenn Arbeiterfrauen um einer solchen Summe willen viele Stunden lang nutzlos verziehen und sogar ihre Nachtruhe opfern, dann dürfte es wohl kaum zu bezweifeln sein, daß es ihnen erbärmlich geht, und daß dieses Fleisch, dem durch Anlocken seine Schädlichkeit, aber auch seine Kraft genommen worden ist, ihnen als Vederbissen erscheinen muß.

Polizeibericht. Am 20. v. M. Nachmittags wurde ein zweijähriger Knabe vor dem Hause Strömstr. 21 von einem beladenen Steinwagen überfahren und dabei so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus in Roabit gebracht werden mußte. — Am 30. v. M. Morgens wurden in Thiergarten, nahe den Felten und dem Großen Steen, zwei Männer erhängt vorgefunden. — Auf dem Mäckerplatz stürzte Vormittags ein Offizier mit dem Pferde und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. — In derselben Zeit wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Jerusalemstraße, erhängt vorgefunden. — Auf dem Hofe des Grundstücks Weidenweg 73 fand Abends zwischen dem Hausverwalter und einer Arbeiterfrau eine Schlägerei statt, wobei letztere so schwere innere Verletzungen erlitt, daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain erforderlich wurde. — Als zu derselben Zeit die 67jährige Wittve Weis in ihrer Wohnung, Schönholzerstr. 19, eine Wundruhe aufziehen wollte, stürzte sie vom Stuhle und stieß dabei die auf dem Tische stehende brennende Lampe um. Hierbei geriethen die Kleider in Brand, so daß sie anscheinend schwere Brandwunden am Körper erlitt und nach Anlegung eines Nothverbandes nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 30. v. M. fanden in der Gendenerstr. 52, Grenadierstr. 14, Thauerstr. 16 und Rannysstr. 48 keine Verände statt. Auf der Brandstätte in der Gendenerstraße wurden die beiden ohne Aufsicht in der Wohnung zurückgelassenen Kinder des Maurers Simon im Alter von vier und 1 1/2 Jahren von Hausbewohnern schon bewußtlos aufgefunden, jedoch wieder ins Leben zurückgerufen. Die Kinder hatten ein brennendes Streichhölzchen ins Strohworfen, welches wegen des Unzugs im Zimmer lag.

Gerichts-Zeitung.

Mordprozess Heinze.

Vierter Tag.

Bei Beginn der heutigen Sitzung wird die älteste Anweserin des Untersuchungsgefängnisses, Frau Schulz, vernommen. Dieselbe bekundet, daß die Heinze eine ihrer besten Gefangenen war, da sie ruhig, zuvorkommend, fleißig und aufmerksam war. In der letzten Zeit sei sie sehr unruhig gewesen, habe viel geweint und manchmal geköhnt, daß sie wohl Zeitweilen bekommen werde. Die Zeugin hat sie aber immer bald wieder beruhigt, da die Angeklagte immer sagte, sie sei unschuldig, und dann von der Zeugin den Trost erhielt, daß sie dann ja freigesprochen werden müsse. — Angeklagte Heinze: Man hat doch schon oft gehört, daß Personen verurteilt worden sind, obgleich sie unschuldig waren, warum sollte es denn nicht möglich sein, daß ich ein gleiches Unglück habe. Dafür habe ich Angst gehabt.

Der Präsident theilt mit, daß nach einer ihm zugegangenen Mitteilung der gefasste Handel zur Stelle sei.

Alsdann wird Kriminalkommissarius Braun abernmals vorgerufen, um einige Fragen der Verteidigung zu beantworten. Er verneint die Frage des Rechtsanwalts Wallien, daß Ausdrücke wie „Kohlrabe abhauen“ bei Verbrechern gang und gäbe seien. Mit solchen Ausdrücken spielen doch gewöhnlich nur schwere Verbrecher. Wichtig ist es, daß manchmal Verbrecher mit verbrecherischen Taten renommieren und einander in der Schilderung zu übertrumpfen suchen. Er erinnert sich, daß auch ein blutiger Schläger in der Nähe des Thortes gefunden ist, es ist ihm aber nicht bekannt, daß denselben nach Behauptung dritter Personen ein gewisser Willy Kohl getragen haben soll.

Auf weitere Fragen des Rechtsanwalts Dr. Cohnmann bekundet der Zeuge auf Grund seiner Ermittlungen folgendes: Schon am Abend nach der That, als sich die beiden Angeklagten schlugen, hat sie ihren Mann des Mordes bezichtigt. Daß sie Heinze in ähnlicher Weise bedroht und bezichtigt hat, ist dem Zeugen nicht bekannt, er befreit auch die Behauptung der Frau Heinze, daß sie bei ihrer Verhaftung zu ihm gesagt habe: „Wenn ich die Brauns'sche Mörderin sein soll, dann sind Sie auch der Mörder, Herr Kommissarius!“ Die Heinze sei nicht nur in der Mordnacht in der Nähe des Thortes gewesen, sondern sie habe auch unwahre Angaben über die Zeit ihrer Anwesenheit und über die Vorgänge bei derselben gemacht. — Frau Heinze erklärt sich bereit, sich auf diese Vorgänge auszulassen, obgleich sie die letzte Nacht sehr krank gewesen sei. Auf Antrag der Verteidigung müssen während der Zeit dieser Vernehmung sämtliche Zeugen den Saal verlassen. Die Angeklagte bekundet nun: Am Abend gegen 10^{1/2} Uhr habe sie mit der Uthes und dem Heinze am Jüngerplatz gestanden, habe mit dem Wächter geschwätzt und noch allerlei Unfug gemacht. Die Uthes sei dann mit einem Tischler nach Hause gegangen, bald darauf habe ihr Mann den Wächter durchs Fenster in die Kammer der Wittve Hahn steigen lassen, und sie habe sich dann ebenso wie ihr Mann, auf dem Bett gelegt bis halb vier Uhr. Als sie dann fortgegangen, habe sie einen karierten Mantel umgehakt; sie weiß aber nicht, ob sie etwas auf dem Kopf gehabt habe. Wenn sie aber etwas aufgehakt, dann könne es nur so ein Hut gewesen sein, wie er auf dem Gerichtstische liegt. — Präs.: Sie wissen doch auch, daß Sie bei Ihrer polizeilichen Vernehmung nichts von dem Hute gesagt haben? — Angekl.: Da war ich auch so in Wuth, daß ich dem Herrn Braun nichts sagte. — Die Angekl. erzählt weiter, daß, bevor sie ankam, sie in die Stube der Frau Uthes gegangen sei, ein Streichholz angezündet und nach der Uhr gesehen habe. Der Hund sei ganz still gewesen, jedenfalls weil er in der letzten Zeit vorher manchmal von ihr Wurst bekommen habe. Heinze sei, als sie fortging, zu Hause geblieben. Sie sei dann die Straßen auf- und abgedumelt und in der Invalidenstraße bei der Kirche am Jahn habe sie zwei Kerl gesehen. Auch ein Mädchen mit einer braunen Schute und einer Albernase, welches sie für eine Jüdin hielt, sei zu ihr herangekommen und habe gesagt: „Na, es ist doch ja nicht mehr zu verdienen!“ Sie war ärgerlich darüber und ging weiter und wie sie wieder an dem Jahn vorbeigekommen, sei sie stehen geblieben und habe sich umgedreht, wobei der eine Kerl ihr ein Schimpfwort nachrief. Das Mädchen sei hinter ihr her gekommen, bis an die Brunnenstraße und sei dann weggegangen. Bei der Brunnenstraße 11 habe sie einen Herrn getroffen, der sich als Gutbesitzer vorstellte und sie nach Hause begleitete. Derselbe sei erst gegen 1/5 Uhr fortgegangen. Sie habe dann ihren Mann, der inzwischen in der Kammer der Hahn auf dem Fußboden geschlafen, wieder in die Küche geholt. Die Hahn habe dabei noch gesagt: „Es ist man gut, daß Dein Mann hier geschlafen hat; der Wächter hat ganz entsetzlich geschmarzt und so konnte doch die Uthes glauben, es ist Dein Mann!“ — Im Weiteren behauptet die Angeklagte, daß sie von dem Mord erst gesprochen, nachdem sie auf der Straße gewesen und davon gehört hatte. Sie befreit auch, daß sie am Morgen nach dem Mord (Dienstag) den Rock ihres Mannes im Bett genäht habe und behauptet, daß dies am Montag bereits gewesen sei. Es sei auch falsch, daß sie am Morgen des 27. Sept. kein Geld gehabt, sondern die Uthes mit Porzellanbüchsen bezahlt habe. Letzteres sei am Sonntagabend gewesen, während sie am Morgen des 27. Sept. der Uthes 8 oder 4 Mark bezahlt habe. Noch bevor sie in der Mordnacht ausging, habe sie ihren Mann in die Hahn'sche Kammer gebracht. (Vor dem Untersuchungsrichter, Sondergerichtsrath Cohnmann, hatte sie gesagt, daß Heinze erst in die Hahn'sche Kammer gegangen sei, als sie mit dem Gutbesitzer erschien.) Frau Heinze: Ich bleibe bei meiner heutigen Vernehmung. Nicht, daß ich meinen Mann raubreichen will, an dem ist mir nichts gelegen. Der ist mir so egal, wie jeder Fremde!

Ob der Kriminalkommissarius Braun wieder eintritt, wird noch die Oberanweserin Regel vernommen, welche auch das Betragen der Heinze in der Untersuchungsstube lobt und sagt, daß dieselbe in der Haft immer ihre Unschuld behauptet hat. In der letzten Nacht hat die Angeklagte Erbrechen gehabt, sonst ist der Zeugin von schlaflosen Nächten der Angeklagten nichts bekannt.

Nach einer kurzen Pause nimmt der Präsident die Verhandlungen wieder auf, indem er folgende Erklärung abgibt: Die Verteidigung ist Schritt vor Schritt mit neuen Beweisdrängen hervorgetreten. Das Gericht ist den Anregungen der Verteidigung bisher immer bereitwillig gefolgt und hat alle angebotenen Beweise erhoben. Das Gericht glaubt noch gefallenen Andeutungen annehmen zu müssen, daß noch weitere Beweisdränge zu erwarten sind. Das Gericht ist nicht in der Lage, die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit ausdehnen zu lassen. Die Strafprozess-Ordnung giebt kein Mittel an die Hand, der Verteidigung die Art ihres Vorgehens vorzuschreiben, andererseits aber ist das Gericht nicht bloß für diese Sache da, sondern auch noch für andere und es leiden unter dieser Andeutung andere Leute, die im Untersuchungsgefängnis auf die Verhandlung vor dem Schwurgericht warten. Das Gericht ist der Meinung gewesen, daß nach dem vorhandenen Material drei Tage der Verhandlung vollkommen ausreichen. Das Gericht hat nun schon einen Tag zugelegt, es ist aber nicht abzusehen, ob selbst die Tage bis Sonnabend ausreichen würden, wenn die Verteidigung weiter Schritt vor Schritt mit neuen Beweisdrängen hervorkommt. Das Gericht ist der Ansicht, daß die Verhandlung entweder heute zu Ende zu bringen ist oder daß sie abgebrochen werden muß und ich werde dann an meine vorgesezte Behörde berichten, daß eine ganz neue Schwurgerichtsperiode für diese Sache eingerichtet werden muß. Wann dieselbe anzusetzen ist und wie lange sie dauern wird, darüber kann ich mich natürlich nicht äußern. Ich frage jetzt den Verteidiger des Heinze, ob und welche Beweisdränge noch erhoben werden sollen. — Rechtsanwalt Wallien: Das kann ich nicht sagen, das wird ganz von dem Gange der Ver-

handlung und den Umständen abhängen. Außerdem muß doch der Verteidiger Zeit gelassen werden, das umfangreiche Material für das Plaidoyer zu sichten und das wird bis heute Abend unmöglich sein. — Präs.: Ich habe darauf zu erwidern, daß die Beweisdränge alles bisher vorhandene Beweismaterial bezieht hat. Ich frage nun den Verteidiger der Frau Heinze, welche Anträge er noch zu stellen hat. — M. A. Dr. Cohnmann: Ich habe darauf folgendes zu antworten: Nach der diesseitigen Auffassung muß in einer so schwierigen Sache, wo es sich um das Leben zweier Menschen handelt, in ruhiger und sachlicher Weise vorgegangen werden. Wir Verteidiger können uns nicht durch einen Appell an die Geschwindigkeit bewegen lassen, von unserem Verhalten abzugehen. Wir können uns weder durch absichtliche Zeitungsverzögerungen noch durch etwaigen Unwillen, falls solcher hier im Saale sich bemerkbar macht, davon abbringen lassen, nach bestem Wissen und Gewissen unseres Amtes zu walten. — Präs.: Ich bitte, mir nur meine Frage zu beantworten, welche Beweisdränge noch gestellt werden sollen. — Vert h.: Nach den Erklärungen des Vorsitzenden, in welchen doch eine Art Vorwurf gegen uns liegt. — Präs.: Ich habe Ihnen keinerlei Vorwurf gemacht! Ich bitte nun um Ihre Beweisdränge, um abzusehen zu können, ob die Verhandlung überhaupt zu Ende geführt werden kann. — Vert h.: Sie haben mich in meiner Erklärung unterbrochen und da Sie dieselbe nicht ganz hören wollten, so lehne ich es ab, sie Ihnen theilweise zu geben. — Präs.: Dann werde ich in der Beweisdränge fortfahren und sehen, wie weit wir bis heute Abend kommen. Der Zwischenfall ist hiermit erledigt. Ein Zeuge, Dr. med. Weise, welcher in der Nähe des Thortes wohnt, war als erster mit zur Stelle, um den Tod des Wächters Braun festzustellen. Er behauptet, daß bei dieser Gelegenheit der Polizeileutnant Gläserer entschieden die Ansicht vertreten habe, daß hier Selbstmord vorliege. Der Polizeileutnant befreit dies entschieden.

Hierauf wird der Kriminalkommissarius Braun wieder herangerufen und während der nun folgenden weiteren Vernehmung desselben macht sich die Angeklagte Heinze eifrigst Notizen. Kriminalkommissarius Braun hat eine lange Reihe von Fragen der Verteidigung zu beantworten, welche die Zeugnisse haben, die Verdachtsmomente, welche Braun in seinen Berichten hervorgehoben, zu entkräften oder als willkürliche Kombinationen des Beamten hinzustellen. Die Verteidigung bemüht sich, festzustellen, daß einzelnes, was als verdächtig bezeichnet worden ist, gar nicht verdächtig war. Namentlich habe die Thatfache, daß Frau Heinze in der Nähe des Thortes gesehen worden ist, gar nichts Verdächtigendes. Der Zeuge tritt durchaus bei den Ergebnissen seiner Ermittlungen und entwickelt, den vielen auf ihn einbringenden Fragen gegenüber, daß nach diesen Ergebnissen und nach den vielen Widersprüchen, in welchen sich die Angeklagten verwickelt haben, dieselben sich vielfach verdächtig haben. — Unter Anderem wird der Zeuge von dem Verteidiger befragt, ob er denn den Kohl, auf den er sich bei der Begründung seines Verdachts beruft, für einen glaubwürdigen Zeugen hält. Der Zeuge erwidert, daß er ihn in diesem Falle für glaubhaft hielt.

Verteidiger: Und wo befindet sich der schon bestrafte Kohl? — Zeuge: Kohl befand sich eine Zeit in Daldorf, ist dann wieder auf freien Fuß gekommen und befindet sich seit gestern wieder in Daldorf. — Verteidiger: Gerade seit gestern? Ist dem Zeugen nicht bekannt, daß der Kohl einmal geäußert hat, „ich lasse mich nach Daldorf bringen, da hat man's gut, da kann man sogar Billard spielen“. — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Der Zeuge befreit ferner, daß irgend einer der Zeugen Vigilantendienste geleistet habe. Es sind den Zeugen, welche sämtlich wiederholt vernommen werden mußten, nur ihre Versäumnislisten erstattet worden. — Der Verteidiger wünscht besonders nähere Aufklärung darüber, in welchem Verhältnis der Zeuge zu dem Zeugen Adolf Schulz gestanden ist. Kriminalkommissarius Braun erwidert, daß er allerdings den Schulz veranlaßt habe, mit der Heinze in ein näheres Verhältnis zu treten. — Vert h.: Welchen Vigilantenlohn hat Schulz dafür erhalten? — Zeuge Schulz (vortretend): Ich habe Vigilantendienste nicht geleistet. Der Kommissar hat gesagt, es kann lohnen, was es will, er hat mir auch hier und da 6 M. gegeben, ich habe sie aber vertrunken und bin gar nicht hingegangen. (Pfeiferei.) — Vert h.: Dem Herrn Kommissar ist doch gewiß bekannt, daß die Ehe der Heinze's noch nicht getrennt war. Hat er da nicht die Empfindung gehabt, daß er den Schulz eigentlich zum Ehebruch anstiftete. (Gr. Unruhe.) — Präs.: Ich muß den Zeugen entschieden davor bewahren, daß ihm die Verteidigung etwas unterscheidet, was er gar nicht gesagt hat. Der Zeuge hat kein Wort davon gesagt, daß er den Schulz aufgefordert hat, in ein geschlechtliches Verhältnis mit der Heinze zu treten. (Allseitige Betätigung auf den Geschworenenbänken.) — Vert h.: Dann bitte ich, den Schulz darüber zu befragen. — Zeuge Schulz: Mir ist bloß gesagt worden, daß ich mit ihr in Verbindung treten soll. — Vert h.: Dann bitte ich sehr um Entschuldigung.

Die an den Kriminalkommissar gerichteten Kreuz- und Querfragen gehen sich bis 1 Uhr Mittags hin. Auf die vom Vorsitzenden aufgestellte Frage, ob von irgend einer Seite noch Beweisdränge zu stellen sind, beantragt Heinze die Vorladung von noch etwa 15 ehemaligen Mitgefangenen und außerdem des Justiz in Chicago, welche belunden sollen, daß er in solche verdächtige Beziehungen gemacht, wie andere ihm nachgeredet. — Der Gerichtshof lehnt diese Anträge als thatsächlich unerblich ab, da es nicht ausfindig ist, daß der Angeklagte verschiedenen Leuten Verschiedenes gesagt hat. — Rechtsanwalt Cohnmann erklärt, daß während der Verhandlungen massenhafte Zusendungen an ihn eingegangen sind, welche er noch nicht habe prüfen können, da er nach diesen anstrengenden, bis in den späten Abend sich hinziehenden Verhandlungen nicht im Stande gewesen sei, diese Arbeit zu unternehmen. Er bitte daher, ihm durch eine mehrstündige Pause Gelegenheit zu geben, dieses neu eingegangene Material zu sichten. — Der Präsident stellt aus den Sitzungsprotokollen fest, daß bisher die Sitzungen im Hörsaal sich nicht über 8 Uhr angedehnt haben. — M. A. Wallien: Der Angekl. Heinze erklärt mir, daß er auf die Ladung des Justiz in Chicago besteht. — Präs.: Was soll der Zeuge bekunden? — Heinze: Indem doch der Mann ganz deutlich hierher geschrieben hat, daß er die Mörder von Braun kennen thut, indem er doch gesagt hat, daß, wenn er die 1000 M. kriegen thut, er die Mörder nennen thäte. Der Mann in Chicago kann doch ganz genau sagen, daß ich und meine Frau nicht die Mörder sind. — Rechtsanwalt Wallien erklärt, daß er seinerseits kein Gewicht auf diesen Zeugen lege, und fragt den Heinze eindringlich, ob er auf die Ladung dieses Zeugen bestehe. — Heinze: Jawohl, ich verlange es. — Verteidiger: Ich mache Sie daran aufmerksam, daß sich dann Ihre Untersuchungsstube noch verlängern wird. — Heinze: Ich mir ganz egal, wenn ich zehn Jahre sitzen soll!

Der Gerichtshof befiehlt nach längerer Berathung: 1. die Verhandlung zu vertagen; 2. die Vernehmung des Justiz durch Vermittelung des kaiserl. deutschen Konsuls in Chicago zu veranlassen; 3. die Untersuchungsstube der Angeklagten fortbauern zu lassen. Mit diesem überraschenden Schluß endete der Mordprozess Heinze.

Im Anschluß hieran theilt uns unser Berichterstatter noch Folgendes mit: Der unerwartete Abschluß, den der Mordprozess Heinze gestern gefunden, hat natürlich allseitig die höchste Ueberraschung hervorgerufen. Der Gerichtshof konnte natürlich nicht anders, als eine Vertagung beschließen, nachdem Heinze Kipp und Kax erklärt hatte, daß er auf den Zeugen Justiz in Chicago nicht verzichte. Es ist dies derselbe Zeuge, der sich J. J. mit dem Untersuchungsrichter Landrichter Engelbaum in Verbindung gesetzt und sich erboten hatte die Mörder zu nennen, wenn ihm die Be-

lohnung von 1000 M. sicher gestellt würde. Aus den Verhandlungsberichten ist erinnerlich, daß die Verteidigung es rieth, daß man zuerst das Schreiben dieses Zeugen doch immerhin für wichtig genug gehalten hatte, dieselbe darauf zu reagieren und daß dann der äußere Zustand, daß das an Herrn Justiz gerichtete Schreiben wegen ungenauer Adressirung als unbefähigt zurückgekommen war, Veranlassung gab, die Sache überhaupt auf sich beruhen zu lassen. Die Thatsachen, die der Angeklagte Heinze in das Zeugnis dieses transoceanischen Zeugen stellte, waren aber immerhin so erhebliche, daß der Gerichtshof wohl oder übel dem strikten Verlangen des Angeklagten, diesen Zeugen zu vernehmen, Folge geben mußte. Dem Laien drängt sich aber unwillkürlich die Frage auf, ob es nicht möglich, oder im Interesse der Sache nicht ratsam war, daß vor Eintritt in die Hauptverhandlung von Amtswegen noch einmal der Versuch gemacht wurde, diesen Zeugen zu ermitteln, daß die Verteidigung schon in einem früheren Stadium laud gab, daß der Angeklagte auf diesen Chicagoer Zeugen nicht verzichte. Es wäre dann dem Gerichtshof, den Verteidigern und den Geschworenen eine unsägliche Arbeit und dem Staate die ganz erheblichen Kosten dieses Prozesses erspart worden. Bei allen Sensationsprozessen ist es eine stets wiederkehrende Erscheinung, daß Schriftstücke mit allen möglichen Andeutungen über die Thatsache bei den in der Rechtspflege theilhaftigen Kreisen einlaufen, die sich meistens als Hirngepinne erweisen, sobald man ihnen ernsthaft auf den Leib rückt. Es mögen daher auch vielleicht diejenigen Recht behalten, welche meinen, daß aus der Verfolgung des in allerletzter Stunde vom Angeklagten gestellten Antrages überhaupt Nichts herauskommt, sei es, daß die zu erwartenden Befindungen des Justiz unerblich sind, sei es, daß der Justiz im Ernst überhaupt nicht existirt oder daß er inzwischen seinen Wanderstich weiter in die amerikanischen Lande geschickt hat. So viel steht fest, daß die Vertagung einer solchen Sache am Ende einer mühseligen, mehrere Tage fallenden Beweisdränge, die mancherlei eigenartigen Erscheinungen, welche in diesem Prozesse zu verzeichnen waren, vermehrt. Die Untersuchungsstube der Angeklagten wird sich nun voraussichtlich noch um Monate verlängern, denn ehe die Vernehmung des Justiz durch den Konsul in Chicago vor sich gehen kann, ehe die Sache hierher zurückgelangt und die notwendigen Vorbereitungen für die Verhandlung in einer neuen Schwurgerichtsperiode getroffen werden, dürften wohl 8 bis 10 Monate vergehen. Es ist selbstredend, daß die ganze Sache vor einem neuen Schwurgericht noch einmal von Anfang an verhandelt werden muß und daß andere Geschworene mitwirken haben, wahrscheinlich auch ein anderer Gerichtshof, wenn auch vielleicht unter demselben Vorsitzenden. Das Beweismaterial wird dann jedenfalls noch umfangreicher werden, denn dem Vernehmen nach beachtlichen die Verteidiger noch zahlreiche Zeugen vorgeschlagen, so daß deren Zahl bis auf 100 anschwellen wird. Willst du werden sich darunter auch die Mitglieder der Straf-kammer befinden, welche J. J. die Größung des Hauptverfahrens gegen die Angeklagten abgelehnt hat. — Das Ehepaar Heinze scheint mit dieser angeblichen Lösung nicht gerade unzufrieden zu sein. Den Verteidigern, welche die Angeklagten gleich nach der Sitzung aussuchten, erklärt Heinze, daß er lieber noch zehn Jahre in Untersuchungsstube sitze, als einen Tage Strafe annehmen, denn er fühle sich unschuldig in der Sache und wolle wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden. — Frau Heinze war resignirt und meinte, daß sie ruhig die weitere Entwicklung abwarten; sie sei eine tüchtig gedechene Frau und ihr könne es gleichgültig sein, ob sie noch ein paar Monate länger in Untersuchungsstube sitze. — Daß die Frau Heinze übrigens schon jetzt auf Freisprechung gerechnet hatte, beweist die Thatsache, daß ihre Schwester gestern schon für sie einen Hut und einen Mantel mit nach der Gerichtsstätte gebracht hatte, um sie bei ihrer Entlassung aus der Haft damit zu schmücken. Mit ihrem Ehemanne scheint sie trotz der ärztlichen Briefe, die sie denselben geschickt, jetzt gänzlich zerfallen zu sein, denn sie hat den Verteidiger, als sie von ihm Abschied nahm: „Nennen Sie mich nicht Frau Heinze, ich will den Namen nicht mehr hören! Nennen Sie mich Anna oder Biet!“

Soziale Uebersicht.

Achtung, Tischler! Die Differenz bei Böcker, Berlin, Nagelsbergerstraße 52, ist noch nicht beigelegt.

Die Lage der Braunschweiger Schlächtergesellen, welche bekanntlich bei ihren Meistern selbst hinsichtlich der Abstellung der krassesten Uebelstände kein Entgegenkommen fanden, wurde in einer Volkerversammlung, die am Montagabend in Braunschweig über die Arbeitsverhältnisse der Schlächter- und Wädergesellen verhandelte, folgendermaßen geschildert:

Die Schlächtergesellen haben in der Periode des flüchtigsten Geschäftsganges eine Arbeitszeit von 16—18, ja 20 Stunden und darüber! Die Behandlung sei in den meisten Fällen eine menschenunwürdige, die Wohnungsverhältnisse ließen viel zu wünschen übrig; die Kontrakte, welche die Meister mit den Gesellen abschließen, seien skandalös; vielfach zögen die Meister aus denselben auch noch Vorteile, indem sie auf Grund dieser Kontrakte ihre Gesellen beim Mindesten Vergehen auf die Strafe wiesen, wodurch diese der vom Lohn zurückgehaltenen Konton verlustig gehen. Die Gesellen könnten wegen Mittellosigkeit und Unkenntnis der Verhältnisse meist nicht klagen.

Die Lage der Wädergesellen ist nach der in der Volkerversammlung entworfenen Schilderung gleichfalls eine überaus elende. Arbeitszeit nicht selten 20—22 Stunden, Verdüßigung oft unter aller Art schlecht, ebenso erbärmlich die Schlafstellen.

Kein Winkel im Hause ist zu schlecht, als Schlafstelle für die armen, ausgehungerten Wädergesellen dienen zu müssen; oft läuft das Wasser an den Wänden herunter, so daß die Gesellen die ohnehin schlechten Betten erst auf dem Boden trocken müssen, um nur ihre abgerackerten Knochen etwas ansruhen zu können.

Die Tischlergesellen Leipzigs beschließen die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit. Zur Unterstützung der Tarif- und Beschwerde-Kommission der Leipziger Tischlergesellen wurden dreißig Bezirks-Vertrauensleute gewählt.

In Lüttich haben die Seher der Buchdruckerei Godenne in voriger Woche die Arbeit eingestellt. Am Montag hielt der Gewerbe- und Arbeitsrath im Rathhause eine Sitzung ab, in welcher der Prinzipal und drei Vertreter der Arbeiter über den Ausstand vernommen wurden, jedoch kam eine Einigung nicht zu Stande.

Der Ausstand der Genfer Zimmerleute dauert fort. Auf die Anregung des Genfer Arbeiterbundes nahm die Regierung die Vermittelung in die Hand. Das Handelsdepartement berief einige Konferenzen ein, an denen neben den Vertretern der Meister und der Arbeiter auch Regierungsmitglieder theilnahmen. Die Verhandlungen erleichterten das Nachgeben seitens der Arbeiter, welche von ihren anfänglichen Forderungen bedeutend zurückgegangen sind. Die Vertreter der Meister erklärten sich darauf mit allen Forderungen einverstanden, versprachen eine allgemeine Versammlung der Meister einzuberufen und vor diesen die Ueberkommen zu verhandeln. Dies Alles war aber nur eine den Arbeitern gestellte Falle. Das Komitee der Meister brach einfach die Verhandlungen wieder ab. Die Meister bestehen auf ihrem früheren Tarif. Um diesen Wortbruch zu brandmarken, berief der Genfer Arbeiterbund öffentliche Versammlungen ein. Die Sympathie des Publikums kann aber die

stehenden über ihre schlimme Lage nicht hinwegsehen, denn die am Anfang reichlich gelassene Unterhaltung scheint zu versiegen, und wenn auch der Arbeiterbund mit allen Kräften für die Zimmerleute eintritt, so werden die freiwilligen Beiträge jetzt spärlicher. Alle größeren Bauten stehen infolge des Streiks still. In unterirdischen sind, da ca. 50 Streikende abgereist sind, noch etwa 150 Mann.

Vom 27. bis 29. September fand in Dresden die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins statt, welcher sich ein öffentlicher Frauentag anschloß. Der genannte Verein bezweckt die Gleichstellung des weiblichen Geschlechts im Erwerbsleben, auch in Bezug auf die sogenannten höheren Berufsarten.

Die eigentlichen Vereinsverhandlungen waren geheim, in den Nachmittags-Versammlungen dagegen fanden öffentliche Vorträge und Diskussionen statt, abwechselnd verbunden mit Berichtserstattungen über das meist erfolgreiche Wirken der Kreisvereine. In diesen öffentlichen Versammlungen nahmen circa dreihundert Personen Theil, darunter 15 bis 20 Männer; die Vortragenden waren ausschließlich Veteraninnen der Frauenemanzipation-Kämpfe; das ist wohl der Grund, weshalb die Diskussionen einen etwas lauen Charakter zeigten — die Jugend war fast gar nicht vertreten, ein Mangel, der schon im Interesse der Zukunft der Bewegung sehr zu bedauern war.

In einem einleitenden Vortrag: „Die Berufstätigkeit der Frau“ belegte Fräulein Aug. Schmidt-Leipzig die Hindernisse, die man der Frau im Erwerbsleben entgegenstellt; die Gefahren, welche man im Ergreifen eines Berufs seitens der unversorgten Frau sehe, befänden in Wirklichkeit nicht; viel schlimmer sei es, Kräfte, die der Nation nützen könnten, zu unterdrücken.

Frau Dr. Goldschmidt-Leipzig beleuchtete die Ziele der Frauenbewegung in einem Vortrag über das Thema: „Die Frauenfrage eine Kulturfrage“. Sie betrachtet als die Aufgabe der modernen Kultur die Geltendmachung des Rechtes der Persönlichkeit, der Entfaltungsfreiheit des Individuums und diese Frage umfasse nicht bloß die Männer, sondern in ganz besonderem hohem Grade auch die Frauen. Mit recht kräftigen Seitenhieben wurde namentlich Ed. von Hartmann bedacht, der jüngst in einem Artikel der „Gegenwart“ die „Jungferfrage“ durch eine riesige Jungfrauensteuer zu lösen versuchte, aus deren Erträgen die „Eigengeliebten“ zu alimentieren wären.

Ueber den gegenwärtig brennendsten Punkt der Frauenfrage, die Klerikalfrauenfrage, referierte Frau Professor Weber-Lüdingen. Sie hielt sich bei den florierenden Fortschritten dieser Frage im Ausland und der wachsenden Anerkennung des Bedürfnisses nach weiblichen Klerikern auch in Deutschland für berechtigt, den Klerikalfrauenfeinden zuzurufen: „Noch ein solcher Sieg, wie im März dieses Jahres im Reichstag — und Ihr seid verloren!“

Der Rest des Programms bezog sich im Wesentlichen auf die Mittel und Wege zur wirksamen Verbreitung der Ideen und Bestrebungen des Vereins. Neues wurde nicht zu Tage gefördert, die Beschlüsse des Vereins, wie die praktischen Vorschläge in den öffentlichen Versammlungen beschränkten sich auf die bekannten Mittel des Petitionirens, Agitirens im Volk durch Fortbildungsschulen, Bildung von Vereinen, durch Versammlungen u. s. w.

Schließlich erwähnen wir noch, daß leider den Organisatorinnen die Bedeutung der Presse nicht sehr klar zu sein scheint, wenigstens fehlte es an jedem Entgegenkommen für deren Vertreter.

Versammlungen.

Achtung! Die Vorstände der Gewerkschaften, politischer Vereine u. werden dringend gebeten, für Donnerstag, den 8. Oktober keine Versammlungen einzuberufen, da an diesem Tage für alle in Frage kommenden Bezirke für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen Kommunalwähler-Versammlungen stattfinden sollen.

Das Zentral-Wahlkomitee.

In einer öffentlichen Versammlung der Schneider und Schneiderinnen, welche am 28. September den großen Saal des Kongreßhauses Sanssouci bis auf den letzten Platz füllte — es waren über 8000 Personen anwesend — hielt der Abgeordnete A. Babel einen Vortrag über: „Die Hausindustrie und ihre Wirkungen.“ Kurz zusammengefaßt führte er ungefähr aus: Die Hausindustrie ist nie eine eigentlich maßgebende Form der Produktion gewesen. Sie entsteht, wo das mittelalterliche Handwerk zu zerfallen beginnt und die kapitalistische Produktionsform anfängt, sich zu entwickeln. Die Hausindustrie war die erste Form, in welcher die kapitalistische Produktion in die Erscheinung trat. Wesentliche Veranlassung für die Umwandlung der alten in die neue Produktionsform war die Ausdehnung von Verkehr und Handel auf dem Weltmarkt, wie sie hauptsächlich durch zwei Entdeckungen, die von Amerika und die des Seewegs um das Kap der guten Hoffnung nach Ostindien, gefördert worden war, denen später eine Reihe anderer Entdeckungen nachfolgte, die zu immer weiterer Ausdehnung des Weltmarktes führten. Mit der Ausdehnung des Handels ging Hand in Hand eine Annullierung großer Reichthümer. Es machte sich in immer größerem Maßstabe das Bedürfnis geltend, Produkte aus- und dem erweiterten Weltmarkt zuzuführen. Da die zersplitterte handwerkliche Produktion nicht geeignet war, diesem Bedürfnis gerecht zu werden, sahen sich die interessierten Handeltreibenden gezwungen, nach einer Form zu suchen, welche größere Massenproduktion ermöglichte. Zunächst begannen sie eine Reihe von Handwerksmeistern bestimmter Gewerbe vertragmäßig zu verpflichten, nur für sie, die einzelnen Handeltreibenden, zu arbeiten, ihnen ihre gesammelten Arbeitsprodukte auf eine Reihe von Jahren zu verkaufen. Standen sich die betreffenden Handwerker anfangs dabei, so kamen sie allmählich, und zwar je mehr sich diese Art der Produktion ausdehnte, in immer größere Abhängigkeit von den Kapitalisten.

Zurück eine Reihe von schlaun berechneten Maßregeln, die der Referent schilderte, wuchs die Konkurrenz der Meister; es gelang die alten Innungsbeschränkungen zu sprengen, aber die schmerzliche Freiheit kam nicht den Meistern und ihren Arbeitern, sondern den Kaufleuten zu Gute. Die Letzteren gewährten nicht nur bereitwillig Vorschüsse für die Erweiterung der Betriebe, sie wurden auch allmählich die Lieferanten der Rohmaterialien und schließlich der Werkzeuge. Die immer schärfer betriebene Arbeitsteilung wurde eine neue Quelle der Abhängigkeit und schließlich Verarmung. So entstand in Laufe der letzten Jahrhunderte eine große Zahl von Hausindustriellen aller Art, die bis in die Gegenwart hinein sich bemerkbar machen und zum Theil erst in unserem Jahrhundert, also neben der großindustriellen Entwicklung, entstanden sind. Hausindustrieller Betrieb seien so die Seiden-, Baumwoll- und Leinwanderei, die Wollerei, die Posamentenerei, die Spielwaren-Herstellung, viele Zweige der Drechslerei, die Glasperlen-Fabrikation, die Nagelschmiederei, die Korbmacherei, die Kleinfleisch-Industrie im bergischen Lande, die Messerfabrikation, die Seidenweberei, die Wäsche-fabrikation, die Konfektion, die Schneiderei u. s. w. geworden. Während eine ganze Reihe dieser Hausindustrien im Uebergang zur Großindustrie begriffen und zum Theil gänzlich vernichtet worden sind, seien andere durch besonders günstige Umstände, und dazu gehören die Schneiderei, erst in diesem Jahrhundert entstanden. Referent zeigt nun, wie mit der Ausdehnung der Hausindustrie die Verarmung und Verelendung der in ihr Beschäftigten sich entwickelt, wie gerade in der Hausindustrie die schwerste Ausbeutung der Frauen- und der Kinderarbeit im sich begriffen habe, und keine Hausindustrie existiere, in der nicht

Hungerlöhne gezahlt und die elendesten sozialen Zustände in Bezug auf Arbeits-, Wohn- und Lebensweise existierten. In Männerschleichen, die sehr oft eher zu einem Viehstall als einer menschlichen Wohnung pöhlen, und die zugleich Küche, Wohn- und Schlafzimmern seien, arbeite die ganze Familie des Hausindustriellen von früh bis spät in der Nacht, bei der schrecklichsten Atmosphäre. Das sei die Idylle, als welche die Vorkredner der heutigen Gesellschaft das einseitige Schaffen der hausindustriellen Familie so gern bezeichnen. Derartige Zustände hätten Körperliche und moralische Verkommenheit, erschreckende Degeneration der Rasse zur Folge. Die bürgerliche Gesellschaft schlage die Augen nieder und jammere über die „Amoralität“ und „Sittenverderbnis“, welche sie doch selbst erst zur Reife gebracht habe. Es sei nachgewiesen, daß mit dem Unglücklicherwerden der Erwerbsverhältnisse Prostitution und Verbrechen zunähmen, und das gälte ganz besonders von der Hausindustrie der Großstädte.

Das einzige Gute an dieser Gesellschaft sei, daß sie an den von ihr selbst geschaffenen Uebeln zu Grunde gehe. Redner legt dann die Entwicklung der Schneider- und Hausindustriellen dar. Steigender Luxus und immer häufiger wechselnde Mode hätten dem Schneidergewerbe allmählich eine große Bedeutung verliehen und seinen Angehörigen eine auskömmliche Existenz gewährt, aber durch die Massenproduktion und den Export habe das Bedürfnis nach billiger Kleidung sich eingestellt, dem durch Einbürgerung hausgewerblicher Zustände in unfaßlichem Maße Rechnung getragen worden sei. Die Erfindung der Nähmaschine sei ein weiterer Faktor auf diesem Wege gewesen, der namentlich der Arbeiterin die Thore in die hausindustrielle Schneiderei geöffnet habe. Allmählich sei es infolge immer größerer Arbeitsteilung und immer vervollkommenerer Maschinerie dahin gekommen, daß die weibliche Arbeit die männliche immer mehr verdränge, so daß unter sechs für ein und dasselbe Kleidungsstück beschäftigten Personen nur noch der Schneider und der Wäglar Männer seien, die übrigen Arbeiter seien Frauen, die zu Hungerlöhnen arbeiteten. Der Zustand verschlimmere sich noch durch die sogenannten Mittelkassen, die durch raffinierte Manipulationen immer mehr die Löhne drückten und Arbeiter und Arbeiterinnen in immer größerer Abhängigkeit brachten. Das erste Erfordernis zur Hebung der Uebel sei Organisation, der die Männer und die Frauen sich anzuschließen hätten. Beide müßten begreifen, daß sie unter den gleichen Uebeln litten, die gleichen Gegner hätten und als Brüder und Schwestern zu einander stehen müßten, um sich vor dem Verderben zu retten. Aber die Organisation sei gerade durch die Zersplitterung der Betriebe schwieriger, als in irgend einem anderen Gewerbe. Die Vereinigung der Arbeiter gebe den Kapitalisten das Übergewicht. Dennoch müsse der Kampf aufgenommen werden. Das zweite sei die Unterdrückung der hausindustriellen Betriebe, auch derjenigen, in der nur Familien-Mitglieder arbeiteten, unter scharfe gemeindefürliche Inspektion. Die Gewerbe-Inspektion könne freilich die großen Uebel auch nicht beseitigen, aber sie würden dadurch an das Tageslicht gezogen, die Gesellschaft, die nicht ohne, auf wie viel Elend und Armut sich das Wohlleben und der Reichtum aufbaue, werde zur Erkenntnis ihrer eigenen Erbärmlichkeit kommen und das sei ein großer Gewinn. Kenne man erst die Natur der Uebel, dann fänden sich auch die Heilmittel; diese könnten aber schließlich nicht in kleinen Maßregeln bestehen, sondern in der Umwandlung der ganzen Wirtschaftsweise von Grund aus. Die sozialistische Wirtschaftsweise sei das Ziel, nach dem gestrebt werden müsse, deren Verwirklichung allem Elend, aller Noth, aller Unterdrückung ein Ende mache. (Stürmischer Beifall.) Nach Schluß des Vortrages gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Bebel vollkommen einverstanden. Sie erkennt die schädlichen Wirkungen der hausindustriellen Arbeit in der Schneiderei um so mehr an, als durch die Isolirtheit dieser Arbeiter der schlimmsten Ausbeutung Vorschub geleistet wird. Sie betrachtet es daher als die erste Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, sich zu organisieren und insbesondere die Agitation zu unterstützen, um den Auswüchsen der Produktionsweise zu begegnen und die Emanzipation von politischem und wirtschaftlichem Druck erfolgreich herbeizuführen. Die Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die gesamte Hausindustrie betrachtet die Versammlung als notwendig.“ Nachdem noch einige Mittheilungen geschäftlicher Natur an die Versammelten gemacht waren, ging dieselbe mit einem stürmischen Hoch auf den guten Fortgang der Bewegung und auf Bebel aus. Die Frauen waren sehr zahlreich in der Versammlung anwesend, auch sah eine solche, Fräulein Schulz, als Vorsitzende im Bureau.

Die freie Vereinigung der Seisendier und Berufs-genossen hielt am 20. September ihre Monatsversammlung ab. In derselben sprach Dr. Lüdingen über: „Autoritäten.“ Nach dem Vortrage, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde, nahm die Versammlung eine Resolution an, in welcher sie sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden und ferner erklärte, daß nur die sozialistische Aufklärung den Autoritätsglauben in den Köpfen zerstören, und erst der verwirklichte Sozialismus alle thöralischen Autoritäten in politischer, kirchlicher und wirtschaftlicher Beziehung beseitigen werde. Sie verpflichtete sich, mit allen gesetzlichen Mitteln dem Kapitalismus die Stürze zu bieten, was nur durch eine stramme Organisation verwirklicht werden könne.

Die Versammlung beschloß ferner, am 21. November in Scherff's Saal ein kleines Vergnügen zu veranstalten und endete mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung.

In einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung der in Berlin wohnenden Ost- und Westpreußen (mit Frauen) hielt am 27. September Dr. P. in einen Vortrag über das Thema: „Ist unsere Zeit human?“ Der Redner führte aus, man habe den Begriff der Humanität in zweierlei Weise aufzufassen, im politischen und im ethischen Sinne. Dem Ersteren nach sei Humanität gleichbedeutend mit Weltbürgerthum, im Gegensatz zum Nationalismus. Der nationale Gedanke stelle im Verhältnis zu dem vor ca. 100 Jahren durch die französischen Encyclopädisten und die deutschen Aufklärer, wie Lessing und Andere, so großartig vertretenen Gedanken der allgemeinen Menschlichkeit etwas Mißläufiges dar. Im ethischen Sinne bedeute Humanität die Verwirklichung des Satzes: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Wie sehr man davon heute entfernt sei und damit einem Zeitalter der Humanität, als welches das heutige gerühmt wird, zeige aus die Betrachtung der heutigen Rassen-Gesellschaft. Der Redner zeigt dann an vielen Erscheinungen aus dieser Gesellschaft, mit welchem Unrecht sie sich human dünkt, und daß sie nicht im Stande ist, den Ansprüchen wahrer Menschlichkeit zu genügen. Nur der Sozialismus könne hier abhelfen. An der Diskussion über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag theilnahmen sich Tramm, Siegerist und Fräulein Wabnitz. Dann wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und sich verpflichtet, die Ideen des Sozialismus in die weitesten Kreise zu tragen. An die Versammlung schloß sich ein gemüthliches Besammensein. Wie der Genosse Kiefow mittheilte, sollen öfter an Sonntagen öffentliche Versammlungen der Ost- und Westpreußen mit Frauen stattfinden, deren Hauptzweck nicht das gemüthliche Besammensein, sondern die gegenseitige Verständigung wäre, welche nöthig, um von Berlin aus die Genossen in Ost- und Westpreußen bei der Agitation unter den Zurückgebliebenen zu unterstützen.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Glaser, welche am 28. September stattfand, nahm zunächst den Bericht des Delegirten zur Berliner Streik-Kontrollkommission, des Kollegen Reichke, über die Thätigkeit derselben entgegen, und be-

schloß sodann, entgegen dem Vorschlage eines Kollegen (dahin gehend, sich dem Bauarbeiter-Kartell anzuschließen), daß die Glaser auch in Zukunft sich an der Streik-Kontrollkommission beteiligen und die Einsetzung eines Delegirten zu beabsichtigen wolle. Dies sei dem Ausschuss der Streik-Kontroll-Kommission mitzutheilen. An Stelle des zurücktretenden Kollegen Reichke wurde Kollege Gjerwada zum Delegirten bestimmt. Hierauf hielt Genosse W. Stabernad einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Innungswesen“. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Innungs-Kassenwesen, da zur Zeit unter den Berliner Gläsern eine Bewegung zwecks Austritts aus der Innungs-Kassenkasse sich geltend macht. Die sehr animirte Debatte drehte sich deshalb wesentlich um diese Angelegenheit, ohne daß natürlich die verschiedenen Redner die Kritik aller Erscheinungen der Innungswirtschaft vernachlässigten. Nach den Ausführungen eines der Redner, des Kollegen Gojert, ist die große Zahl der Innungsmeister von der Unhaltbarkeit der Innungen überzeugt. Derselbe Kollege verlas dann das Duplikat einer Verfügung der Gewerbedeputation des Magistrats, in welcher die Weigerung des Vorstandes der Innungs-Kassenkasse, eine Generalversammlung einzuberufen, als unberechtigt hingestellt und der betreffende Vorstand aufgefordert wird, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Es waren in nichtberechtigter Weise Gelder aus die Kasse genommen worden, woraufhin Gesellen-Mitglieder der Kasse die Regelung dieser Sache in einer Generalversammlung verlangten, was die erwähnte Verweigerung und die Beschwerde gegen die letztere, bei der genannten Behörde zur Folge hatte. Neben der Aufforderung zur regen Theilnahme am Austritt aus der Innungs- und am Eintritt in die freie Hilfskasse erging eine solche an die versammelten Kollegen, sich möglichst der sogenannten (Innungs-) Legitimationsbücher zu entledigen, da dieselben nur Mittel zur Bevormundung und Unterdrückung der Arbeiter seien. Nach dem Schlußworte Stabernads' folgten ca. 20 Kollegen die Formulare zum Austritt aus der Innungskasse aus. Kollege Gojert erklärte dann, sein Amt als Kassier dieser Kasse niederzulegen und machte von der gleichen Erklärung des Kollegen Förster Mittheilung. Die Erörterung der Zustände bei der Firma J. Schmidt wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, zu welcher die dort thätigen Kollegen eingeladen werden sollen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

Eine öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises tagte am 29. September in der „Berliner Ressource“. Derselbe vollzog zunächst die Wahl einer Kommission zum Sammeln der Gelder. Dehuss' Redung der Unkosten der Delegirten zum Parteitage. Es wurde gewählt die Genossen Kahlhard, Kuhnert, Schulz, Kirsch und König, ferner zu Mitgliedern der Lokalkommission die Genossen Belicke und König. Des Weiteren wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Wilhelm Humana eine Ersatzwahl zur Preiskommission vollzogen. Die Wahl fiel auf Genossen Barth. Schließlich wurden zur Kontrolle des Vertrauensmannes als Revisoren die Genossen Kahlhard, Haberland und Grundel bestimmt. Diesen wurde anheimgegeben, eine Revision für das ganze Jahr vorzunehmen. Auf Beschluß der Versammlung wurde der Punkt „Vortrag“ von der Tagesordnung abgesetzt. Unter „Verschiedenem“ kam die leidige Angelegenheit des Vergnügens nach Schwabmin wieder zur Sprache bezw. zur Kritik und sollen für die Zukunft die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Hiermit fand diese Angelegenheit ihre endgiltige Erledigung. Auch wurde die Frage aufgeworfen, ob Genosse Albert Kuerbach Besitzer des unter seinem Namen am Kottbusser Damm betriebenen Schuhwaaren-Geschäftes war oder ob er nur einem kapitalistischen Unternehmer seinen Namen hergegeben habe, eine Frage, welche seitens der Versammlung nicht klar gestellt werden konnte. Genosse Schweizer beantragte hierzu:

„Die heute am 29. September 1891 in der Berliner Ressource tagende öffentliche Versammlung sozialdemokratischer Parteigenossen des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises beauftragt die Delegirten dieses Wahlkreises zum Parteitage in Erfurt Angesichts dieses dem Genossen Albert Kuerbach bei passender Gelegenheit die Frage vorzulegen, ob das in Berlin am Kottbusser Damm unter seiner Firma betriebene Schuhwaaren-Geschäft sein eigenes war oder ob er nur einem anderen Geschäftsmann seinen Namen als Kellame hergegeben hatte.“

Nach Annahme dieses Antrages seitens der Versammlung wurde diese mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Der sozialdemokratische Wahlverein des 4. Reichstags-Wahlkreises hielt am 29. September eine Versammlung ab, in welcher Herr Friedländer über das Thema sprach: „Ist der Sozialismus mit der persönlichen und politischen Freiheit vereinbar?“ Der Referent führte ungefähr folgendes aus: Einer der beliebtesten Einwände gegen den Sozialismus ist der, daß in der Gesellschaft der Zukunft, wie wir sie wünschen, Alles uniformirt und die Individualität vollständig erodirt sein werde. Allerdings, wenn Freiheit bedeutet: Jeder kann thun, was ihm beliebt, so würde diese Freiheit eine Begrenzung finden müssen. Die freie Berufswahl aber und die freie Wahl des Aufenthalts, welche heute nur einer Minorität zu Gute kommen, würde dann für Alle in vollem Maße bestehen. Auf politischem Gebiete aber solle die Freiheit darin bestehen, daß die staatlichen Organe sich aller Einmischung oder Beeinflussung zu enthalten haben; das geschähe heute bekanntlich nicht, denn in jeder Versammlung hätten wir eine beherrschende Überwachungs- und Erbsen-Redner geht nun dazu über, die heutigen Eigentumsverhältnisse zu beleuchten. Aller Grund und Boden ist heute mit Beschlag belegt. Der Hauseigentümer läßt sich für die Benutzung seines Grund und Bodens bezahlen, er bezahlt Grundrente. Leihet man sich Kapitalien oder auch Grund und Boden, so muß man dem Besitzer dafür einen Zins zahlen, der nichts ist, als ein Theil der Grundrente. Die Kapitalisten üben auf die Unternehmer einen Druck aus insofern, als diese ihnen einen großen Theil des Unternehmerprofits als Zins abgeben müssen, was zur Folge hat, daß die verschuldeten Unternehmer um so mehr aus den Arbeitern zu pressen suchen. Diese Ausbeutung durch die Grundrentner, so fährt Redner fort, würde in der sozialistischen Gesellschaft verschwinden sein, denn es habe dann an Grund und Boden sowie an die Produktionsmittel Niemand mehr Eigentumsrechte. Während heute nur eine Scheinfreiheit existire (für die Arbeiter meist nur die Freiheit zu verhungern), werde dann erst von einer wahren Freiheit die Rede sein können, wenn alle Ausbeutung unmöglich gemacht sei.

Da eine Diskussion über das Referat nicht stattfand, schritt man zur Revisionswahl, aus welcher die Genossen Franke, Schenk und Buch als gewählt hervorgingen. Unter „Bereinsangelegenheiten“ machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß diejenigen Mitglieder, welche die letzten zwei Monate arbeitslos gewesen sind, das Recht haben, sich ihre Beiträge unentgeltlich abzurufen zu lassen und zwar könne dies auf allen Jahrestellen geschehen. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 30. v. Mis. (eine regelmäßige Monatsversammlung ab, welche gut besucht war. Derselbe folgte mit regem Interesse einem Vortrage des Genossen Brun über die englische Charistenbewegung und dankte dem Vortragenden durch anerkennenden Beifall. Eine Diskussion knüpfte sich an das Gedicht nicht und auch der Punkt „Verschiedenes“ bot nichts Bemerkenswerthes, sodas die Versammlung nach kurzem und ruhigem Verlaufe geschlossen werden konnte mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. — Am Dienstag, den 6. d. M., findet die statutenmäßige Generalversammlung des Vereins statt und ist es Pflicht eines

